

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Der imperialistische Ruhrschacher — eine Bedrohung des Friedens	1
G. CHARACHASCHIAN — Zu den Ergebnissen der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands	3
A. DJAKOW — Über die Tätigkeit des Indischen Nationalkongresses	8
J. K. — Die Lage der Arbeiter in den marshallisierten Ländern	13
Internationale Umschau (Notizen)	15
A. STROGANOW — Von Jenngan nach Harbin (Reisenotizen)	19
M. SMIRNOW — Der Terror in Griechenland (Brief aus Athen)	23
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen:	
N. SCHMELJOW — Ein Trade-Union-Sachverständiger für Verleumdungsfragen	26
Kritik und Bibliographie:	
Béla ILLÉS — Iván Boldizsárs Buch über die Sowjetunion	28
J. RUBININ — Lob der Verräterei	30
Chronik der internationalen Ereignisse	31

3

12. Januar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftföhrer: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Der imperialistische Ruhrschacher – eine Bedrohung des Friedens

DER für die Öffentlichkeit bestimmte Teil des Ruhrgebietschachers, der in London auf der separaten Beratung der USA, Englands und Frankreichs unter Beteiligung der Beneluxstaaten abgeschlossen wurde und dessen Publikmachung man bis zu den letzten Dezembertagen hinauszögerte, rief in weiten Kreisen der Öffentlichkeit sowohl der westeuropäischen als auch der osteuropäischen Länder Entrüstung hervor. Die demokratische Öffentlichkeit bewertet die Politik der Westmächte im Ruhrgebiet mit Recht als eine direkte Bedrohung der internationalen Sicherheit.

Die separate Abmachung über das Ruhrgebiet ist ein erneuter schwerer Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen, kraft dessen die gesamte Frage des Ruhrgebiets wie auch die Kontrolle über seine Industrie den vier Besatzungsmächten und dem von ihnen zu schaffenden Kontrollmechanismus obliegen soll.

Die Bildung einer sogenannten internationalen Kontrolle über das Ruhrgebiet, der Ruhrbehörde, ist ein weiterer Schritt zur Aneignung des wichtigsten deutschen Industriezentrums durch die englisch-amerikanischen Monopole. Die vorhergehende Etappe war das sogenannte Gesetz Nr. 75, das vor mehreren Wochen in den westeuropäischen Ländern eine stürmische Reaktion auslöste, über die Wiederherstellung der Eigentumsrechte der deutschen Monopole an den Ruhrbetrieben unter englisch-amerikanischer Kontrolle.

Die englisch-amerikanische Propaganda gab sich die größte Mühe, diese Maßnahme als Reorganisation der Ruhrindustrie zwecks Aufhebung der Monopolkonzerne und Truste hinzustellen. Das war ein Betrug und eine absichtliche Irreführung der öffentlichen Meinung. Das, was im Ruhrgebiet getan wurde, ist nichts anderes als die Wiederherstellung der deutschen Kartelle und Truste in engster Verflechtung mit dem internationalen Kapital. Unter Kontrolle amerikanischen (zum Teil auch englischen) Kapitals wird im Ruhrgebiet ein Supertrust für Kohle und Stahl gebildet. Die

Liquidierung der alten deutschen Konzerne ist fiktiver Natur. Sie verwandeln sich in neue Aktiengesellschaften, was lediglich eine gewisse Umgruppierung der Kapitalien bedeutet. Den Ruhrmagnaten ist eine Kapitalbeteiligung an den neuen Aktiengesellschaften garantiert, ihnen sind die leitenden Posten in den Aufsichtsräten und Direktionen vorbehalten. Die Namen Thyssen und Hugo Stinnes jr. erscheinen wieder auf der Bildfläche. Die deutschen Magnaten werden als Bevollmächtigte der Besatzungsbehörden fungieren. Dafür erhalten sie einen Gewinnanteil an der Ausbeutung des Ruhrgebiets.

Das englisch-französisch-amerikanische Abkommen über die Ruhrindustrie, die Einführung ihrer unbefristeten Kontrolle durch das USA-Kapital sind Bestandteile eines Gesamtplans für die deutsche Industrie, der von einer Gruppe internationaler Banken und Kartelle unter Führung der USA-Monopole ins Werk gesetzt wird. Diese eng mit dem deutschen Kapital liierten Monopole finanzierten nach dem ersten Weltkrieg die deutsche Rüstungsindustrie und die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus. Jetzt haben sie erneut ein Schachergeschäft mit den deutschen Industriellen abgeschlossen.

Der geheime Sinn dieser Abmachung ist die Wiederherstellung des Rüstungspotentials Westdeutschlands. Diese Absicht gehört zur Expansionspolitik der USA, die darauf ausgeht, Westdeutschland zur militärischen Hauptbasis der gegen die Sowjetunion und die anderen demokratischen Länder Europas gerichteten aggressiven westlichen Union zu machen.

In dem Bestreben, sich der laut Potsdamer Abkommen übernommenen und auf Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands gerichteten Verpflichtungen zu entledigen, die den USA-Imperialisten jetzt beschwerlich geworden sind, ist das Staatsdepartement mit den englischen und französischen Politikern übereingekommen, im Ruhrgebiet ein sogenanntes „Militärisches Sicherheitsamt“ zu bilden, durch das die Westmächte den von den vier Mächten zu

schaffenden Kontrollmechanismus ersetzen möchten. In diesem im Entstehen begriffenen „Amt“ haben die USA und England das Heft in der Hand. Frankreich spielt eine untergeordnete Rolle, an der Kontrolle über die Produktion des Ruhrgebiets hat es überhaupt keinen Anteil. Sie bleibt den englisch-amerikanischen Behörden vorbehalten.

Die sogenannte Ruhrbehörde sieht eine Kontrolle nicht der Produktion, sondern nur der Verteilung der Ruhrkohle und des Ruhrstahls vor. Die USA und England haben in diesem Organ die Stimmenmehrheit und können zweifellos auch über die Stimmen der Beneluxstaaten verfügen.

Das zynische Dokument, dessen Veröffentlichung die Einsetzung einer internationalen Kontrolle über das Ruhrgebiet vortäuschen soll, macht die USA auf unbegrenzte Frist zum Gebieter über die Ruhrindustrie. Genau so wird es auch von denjenigen USA-Blättern eingeschätzt, die es sich gestatten können, hin und wieder bis zu einem gewissen Grade die Wahrheit zu schreiben. So definiert die „New York Post“ den Sinn des Ruhrgebietschachers wie folgt:

„Amerikas tatsächlich einseitige Kontrolle über das Ruhrgebiet wird weitergehen. Das könnte bedeuten, daß auch die amerikanische Rekartellisierungspolitik im Ruhrgebiet weitergehen wird, bis sie schließlich jede zivilisierte Nation gefährdet...“

Versuche der für den Ruhrgebietschacher verantwortlichen offiziellen Persönlichkeiten, zu Ablenkungszwecken vorzuspiegeln, als sei dieser Schacher berufen, die Weltsicherheit und die Entmilitarisierung Deutschlands zu gewährleisten, konnten niemand täuschen. Es genügt festzustellen, wie man in Frankreich auf die Veröffentlichung der Beschlüsse der separaten Dezemberberatung über das Ruhrgebiet reagiert hat. Die Beteiligung der französischen Regierung am Ruhrgebietschacher wird mit Recht von weiten Kreisen Frankreichs als antinationale Politik bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß dieser Schacher günstige Bedingungen für die Wiederaufrechterhaltung der Kräfte des aggressiven deutschen Imperialismus und Revanchismus schafft und den Interessen der Sicherheit Frankreichs widerspricht. Wirtschaftlich aber läuft das, was im Ruhrgebiet geschieht, auf eine Drosselung der französischen Schwerindustrie hinaus.

Äußerst charakteristisch ist, wie man in Deutschland auf die Londoner Beschlüsse reagiert hat. Die demokratischen Kreise Deutschlands sind sich vollkommen darüber klar, daß die englisch-amerikanische Politik in Deutschland zur Wiederaufrechterhaltung der Kräfte der Reaktion,

des Militarismus und der Aggression führt. Wenn solche Kräfte im politischen Leben des Landes wieder die Oberhand gewinnen, so kann dies Deutschland zu einer neuen Katastrophe führen. Seine demokratische Öffentlichkeit protestiert stürmisch gegen die englisch-amerikanische Politik in Deutschland, namentlich gegen die Abmachung über das Ruhrgebiet. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das Wirtschaften der englisch-amerikanischen Kartelle verstärkte Ausbeutung der Werktätigen des Ruhrgebiets, Chaos, Hunger und Elend bedeutet. Selbst die Schumacherpartei und andere Parteien, die im Dienst der USA stehen, waren gezwungen, sich gegen das Ruhrdiktat auszusprechen, obwohl von diesen Parteien selbstverständlich nicht zu erwarten ist, daß sie der amerikanischen Politik entgegenwirken.

In der europäischen Presse erschienen beachtenswerte Meldungen, denen zufolge das Ruhrabkommen einen geheimen Teil hat, in dem die Aufrüstung Westdeutschlands und der Verzicht auf die geforderte Verstaatlichung der Ruhrindustrie in Aussicht genommen wird. Das ist durchaus möglich, ist doch der Versuch, Westdeutschland zu remilitarisieren, um es zum Arsenal einer künftigen Aggression zu machen, eine allbekannte Tatsache. Sie wird durch zahlreiche Meldungen über die gegenwärtigen Vorgänge in Bizozien bestätigt, angefangen von der Wiederherstellung der Rüstungsbetriebe und endend mit der Formierung deutscher Truppenteile.

Die Beschlüsse über das Ruhrgebiet sind als eine weitere Etappe der englisch-amerikanischen Politik gröblicher Verstöße gegen die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam anzusehen und zu bewerten, dieser Vereinbarungen, in denen die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands gefordert wird. Im Ruhrgebiet wird ein Teil des Gesamtprogramms verwirklicht, das von internationalen Banken und Kartellen ausgearbeitet wurde, an deren Spitze USA-Monopole stehen. Die nächsten festgelegten Etappen sind die Zerstückelung Deutschlands in aller Form durch Einsetzung einer westdeutschen Regierung und die Ausarbeitung eines sogenannten Besatzungsstatuts. Die USA sind bemüht, in Deutschland auf unbestimmte Zeit hinaus eine Situation aufrechtzuerhalten, in der sie die geplante Umwandlung Deutschlands in eine Basis und ein Aufmarschgebiet für ihre aggressive Politik in Europa unter günstigsten Bedingungen verwirklichen können. Zu diesem Zweck beabsichtigen sie, ihre Besatzungstruppen auf unbegrenzte Frist in Deutschland zu belassen. Deshalb eben suchen

die Westmächte den Abschluß des Friedensvertrags mit Deutschland hinauszuschieben. Deshalb haben sie alle Vorschläge und Dringlichkeitsanträge der Sowjetunion auf möglichst raschen Abschluß des Vertrages abgelehnt.

Die Beratung der Außenminister der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, die im Juni v. J. in Warschau stattfand, stellte als unaufschiebbare Aufgabe die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und die kurz darauf vorzunehmende Abberufung der Besatzungstruppen aller Mächte aus diesem Lande. Die Beratung entwarf auch eine richtige Lösung für die Frage des Ruhrgebiets, sie schlug vor, das Ruhrgebiet für die Zeit seiner Besetzung unter eine wirksame internationale Kontrolle der vier Großmächte zu stellen. Die Teilnahme der Sowjetunion an dieser Kontrolle würde als Garantie für die Entmilitarisierung und Demokratisierung des Ruhrgebiets sowie dafür dienen, daß seine Industrie einer Wiederherstellung der Wirtschaft der europäischen Länder dienstbar gemacht wird, nicht aber der Schaffung eines Rüstungspotentials für eine künftige Aggression. Die Ruhrindustrie muß unter die Verwaltung demokratischer Organisationen des deutschen Volkes, nicht aber unter die Verwaltung deutscher Monopolherren gestellt werden, die seinerzeit dem Hitlerregime eine Stütze waren. Die Übergabe der Verwaltung und Kontrolle der Ruhrbetriebe an das Volk schlösse Machenschaften des internationalen Kapitals aus, die den Frieden in Europa bedrohen. Selbstverständlich muß das Ruhrgebiet untrennbarer Bestandteil eines einheitlichen Deutschlands sein. Die Aufrechterhaltung der völligen ökonomischen und

politischen Einheit Deutschlands ist erforderlich, um der Wirtschaft des Ruhrgebiets wie auch der gesamten deutschen Wirtschaft eine normale Entwicklung zu sichern.

Daß die USA-Monopole die Ruhrindustrie mit Beschlag belegen, stellt einen ungesetzlichen und eigennützigen Akt der Brandstifter eines neuen Krieges dar. Sie verhindern die Umwandlung des Ruhrgebiets in ein friedliches Industriezentrum und sind bestrebt, es wieder zu einem Kriegsarsenal zu machen. Die demokratische Öffentlichkeit Europas verlangt eine wahrhaft internationale Kontrolle über das Ruhrgebiet, d. h. eine Kontrolle aller vier Besatzungsmächte — der Sowjetunion, Englands, Frankreichs und der USA. Sie verlangt wahrhafte Entmilitarisierung des Ruhrgebiets und Vernichtung seines Rüstungspotentials. Sie verlangt schließlich eine wahrhafte und nicht nur scheinbare Dekartellisierung. Die Ruhrindustrie muß ausschließlich zu friedlichen Zwecken wiederhergestellt werden; sie muß sich im Interesse des deutschen Volkes sowie der Völker derjenigen Länder entwickeln, die unter der Hitleraggression zu leiden hatten und der Erzeugnisse des Ruhrgebiets zur Wiederherstellung ihrer Wirtschaft bedürfen.

Dies alles ist im Potsdamer Abkommen vorgesehen. Die Interessen der Weltsicherheit und der Herstellung eines dauerhaften Friedens in Europa verlangen, daß man sich in der Politik hinsichtlich Deutschlands an die Prinzipien dieses Abkommens hält. Hierauf hat die Sowjetunion stets bestanden und wird es auch weiter tun, und mit ihr die fortschrittliche Öffentlichkeit aller Länder, die an einem dauernden demokratischen Frieden in Europa interessiert sind.

Zu den Ergebnissen der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

G. CHARACHASCHIAN

SCHON DAS VIERTE JAHR wird in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands konsequent ein Programm demokratischer Umgestaltungen verwirklicht, das auf den Prinzipien der Abkommen von Potsdam und Jalta beruht. Das führte zu einschneidenden Veränderungen in der sozialen, ökonomischen und politischen Struktur der Zone.

Eine der ersten Maßnahmen, die im Rahmen dieses Programms schon vier bis fünf Monate nach der Zerschmetterung des Hitlerregimes getroffen wurden, war die **Bodenreform**.

Diese Reform, die ein Drittel des Territoriums von Deutschland erfaßte, stellte in der Geschichte dieses Landes ein hervorragendes Ereignis dar. Sie hat ein Problem gelöst, das weder die

Revolution von 1848, noch die Novemberrevolution von 1918 gelöst hatte, nämlich sie liquidierte in Ostdeutschland die wirtschaftliche Machtstellung der junkerlichen Adelskaste gleichzeitig mit den Überresten der Feudal- und Leibeigenschaftsbeziehungen. Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone machte ein für allemal dem berüchtigten preußischen Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft ein Ende und gab der fortschrittlichen, demokratischen Entwicklung der Agrarbeziehungen freie Bahn.

Welche Wandlungen sind dank der Bodenreform in der sozialen und ökonomischen Struktur und in dem politischen Kräfteverhältnis des deutschen Dorfes östlich der Elbe festzustellen? Wie hat sich die Bodenreform auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und auf die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone ausgewirkt? Um eine Antwort auf diese Fragen zu erhalten, wollen wir uns den Tatsachen zuwenden.

* * *

Im Rahmen der Bodenreform wurden in der sowjetischen Besatzungszone die Junkerwirtschaften mit mehr als 100 Hektar Land, ferner die Wirtschaften von Kriegsverbrechern und Nazirädelsführern unabhängig von ihrem Ausmaß, und schließlich die Liegenschaften des Hitlerstaats, der Nazi-Partei, der Wehrmacht und anderer verbrecherischer Organisationen ohne Entschädigung der Besitzer eingezogen. Insgesamt umfaßten die eingezogenen Liegenschaften per 1. Juli 1947, dem Zeitpunkt, an dem die Bodenreform in der Hauptsache zu Ende geführt war, 3 041 000 Hektar.

Aus diesem Bodenfonds erhielten:

119 650 Familien landloser Bauern und Landarbeiter durchschnittlich je 6,8 Hektar;

83 802 Umsiedlerfamilien je 8,4 Hektar;

113 324 Bauernfamilien mit geringem Bodenbesitz zusätzlich im Durchschnitt 2,7 Hektar;

schließlich 130 881 Familien von nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitern und von Angestellten sowie 49 138 Kleinpächterfamilien Bodenanteile von je 0,5 bis zu 1,1 Hektar Land.

Insgesamt erhielten 496 795 Familien Boden.

Unter die werktätige Bauernschaft wurden außer dem Boden auch bedeutende Mengen anderen bei den Gutsbesitzern konfiszierten Besitzes verteilt, darunter 110 000 Wohn- und Wirtschaftsbauten, 441 000 Stück Zug- und anderes Vieh (davon 47 600 Pferde und 134 500 Kühe) sowie 6004 Traktoren und etwa 270 000 verschiedene landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Die

Neubauern erhielten bedeutende Hilfe in Form langfristiger Kredite zur Einrichtung der Wirtschaft in einer Gesamthöhe von 316 700 000 Mark.

Infolge der Bodenreform hat die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone grundlegenden Veränderungen ihrer wirtschaftlichen Struktur erfahren.

Diese Veränderungen sind besonders deutlich erkennbar, wenn man die Ziffern des Jahres 1947 (nach der Reform) hinsichtlich verschiedener Wirtschaftsgruppen mit den entsprechenden Erhebungen von 1939 vergleicht. So machten 1939 die Mittelbauernwirtschaften mit einem Bodenbesitz von 5—10 Hektar 15,4 Prozent aller Wirtschaften aus und hatten 6,8 Prozent des Bodens zu ihrer Verfügung. Im Jahre 1947, also nach der Bodenreform, machte diese Gruppe 44,5 Prozent aller Wirtschaften aus und verfügte über 37,8 Prozent der Liegenschaften. Gleichzeitig nahm der Anteil der begüterten Bauernwirtschaften mit 10—20 Hektar Boden und der kapitalistisch-großbäuerlichen Wirtschaften mit 20—100 Hektar Boden ab. Großgüter mit mehr als 100 Hektar (die 1939 fast die Hälfte des gesamten Bodens der heutigen sowjetischen Besatzungszone innehatten) gibt es jetzt überhaupt nicht mehr.

Somit bilden heute in der sowjetischen Besatzungszone nicht große Junkerlatifundien und nicht kapitalistische Wirtschaften, sondern Wirtschaften werktätiger Bauern die ökonomische Hauptbasis der Landwirtschaft.

Die ökonomischen Wandlungen haben in der Landwirtschaft der sowjetischen Besatzungszone nicht minder bedeutende soziale Veränderungen nach sich gezogen. Die Bodenreform hat die Überreste der Feudal- und Leibeigenschaftsbeziehungen beseitigt und die Basis der kapitalistischen Ausbeutung bedeutend eingengt. So wurden laut Erhebungen des Jahres 1939 in der Land- und Forstwirtschaft (auf dem Gebiet der gegenwärtigen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands) 786 200 Lohnarbeiter im Alter ab 14 Jahren gezählt. Ein Drittel davon war auf den Junkergütern mit 100 Hektar und darüber beschäftigt. Folglich haben allein durch Einziehung dieser Wirtschaften mindestens 260 000 Landarbeiter aufgehört, auf Junkerfeldern zu frönen. Hinzu kommen noch die Lohnarbeiter, die in den im Rahmen der Bodenreform eingezogenen Wirtschaften aktiver Nazis und Kriegsverbrecher gearbeitet hatten. Schließlich nehmen auch die Mittelbauernwirtschaften jetzt seltener Lohnarbeiter in Anspruch, da sie sich der sogenannten Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe bedienen.

Dies alles hat das deutsche Dorf in der sowjetischen Besatzungszone verändert. Hier einige charakteristische Beispiele.

Vor der Bodenreform gab es in einer Dorfgemeinde Mecklenburgs nur 6 selbständige Bauernwirtschaften. Der gesamte übrige Boden, mehr als 300 Hektar, ebenso wie der größte Teil des Viehs und fast sämtliche landwirtschaftliche Maschinen gehörten dem Gutsbesitzer. Er bewohnte allein ein Haus mit 14 Zimmern, während die Familien seiner 10 Landarbeiter zusammen in einer engen Leutbaracke hausten. Jetzt zählt diese Gemeinde 22 selbständige Bauernwirtschaften.

Etwa 500 Hektar Weideland und 985 Hektar Forsten in der Umgegend des Dorfes Groß-Furra (Thüringen) gehörten dem Gutsbesitzer von Wurm, während Hunderte von Bauern dieses Dorfes sich mit kleinen Bodenetzen begnügen mußten. Durch die Bodenreform erhielten 190 Groß-Furraer Familien Land zugeteilt, hiervon bekamen 36 Landarbeiterfamilien und Umsiedler 360 Hektar Ackerland und 108 Hektar Wiesen. Bodenarme Bauern bekamen zu ihrem Bodenbesitz noch 1,4—2 Hektar dazu, die Bergarbeiter der nahen Kaligruben erhielten eigenes Gartenland.

Die Bodenreform hat in der Praxis bewiesen, wie unbegründet die von den Junkern und den Obermächern der deutschen Industrie erfundene demagogische faschistische Theorie von dem „mangelnden Lebensraum“ für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands ist. Die Bodenreform hat selbst den rückständigsten Bevölkerungsschichten des deutschen Dorfes gezeigt, daß die deutsche Bauernschaft es nicht nötig hat, Aggressionskriege mitzumachen, um Lebensraum zu bekommen — er findet sich für sie in der Heimat, in Deutschland selbst. In der sowjetischen Besatzungszone hat sich auch genügend Boden für die deutschen bäuerlichen Umsiedler gefunden, die in anderen Ländern Europas gelebt hatten.

* * *

Es wäre ein Fehler, die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands als einen Prozeß mechanischer Zerstückelung der Latifundien und der Ansiedlung neuer, voneinander getrennt arbeitender bäuerlicher kleiner Warenproduzenten anzusehen. Durch die Bodenreform wurde nicht nur der Großgrundbesitz aufgeteilt, sondern es wurden auch Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der werktätigen Bauern geschaffen. Es genügt der Hinweis, daß sich im Prozeß der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone in den Vereini-

gungen gegenseitiger Bauernhilfe eine neue Form der Vergenossenschaftlichung der werktätigen Bauern herausgebildet hat. Diese Vereinigungen sind zu Massenorganisationen mit insgesamt etwa einer halben Million Mitglieder geworden.

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die über bedeutende Mittel und viele Maschinen verfügt, leistet den Bauern weitgehende praktische Hilfe. Dank dieser Hilfe ist die maschinelle Bearbeitung des Bodens, die Züchtung von Rassevieh, die Verwendung von Kunstdünger, die Verwertung von Berieselungsanlagen und ähnliches, das früher ein Vorrecht der Gutsbesitzer bildete, Hunderttausenden werktätiger Bauern möglich geworden.

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe ist auch in erzieherischer Hinsicht von gewaltiger Bedeutung. Sie weist den praktisch einzuschlagenden Weg zur weiteren Umgestaltung der Agrarbeziehungen, zur weiteren Hebung des Wohlstands, des Lebensstandards der Bauernschaft.

W. M. Molotow, der auf Durchführung einer Bodenreform in ganz Deutschland bestand, hob am 31. März 1947 im Außenministerrat hervor, daß eine Übereignung der Junkergüter an die Bauern zur Hebung der Landwirtschaft beitragen wird. Er sagte: „Die deutschen Bauern verstehen zu arbeiten. Wenn sie das Junkerland erhalten, dann werden sie die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungshilfsquellen Deutschlands erheblich vergrößern.“

Die Erfahrungen, die in der sowjetischen Besatzungszone mit der Bodenreform gemacht wurden, haben die Richtigkeit dieser Worte vollauf bestätigt. Durch die Reform erhielt der Bauer einen Ansporn zu besserer Bodenbestellung. Die allseitige Hilfe der Sowjetischen Militärverwaltung, der demokratischen deutschen Organisationen und vor allem der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die Möglichkeit, das Planprinzip in der landwirtschaftlichen Produktion anzuwenden — das alles hat zu bedeutender Erweiterung der Anbaufläche und zu verbesserter Bodenbestellung geführt.

Obwohl durch den Ruin, dem die Bauernschaft während der Jahre der Hitlerherrschaft anheimgefallen war, große Schwierigkeiten entstanden, erreichten die Anbauflächen für Getreide und andere Nährpflanzen 1947 schon 93 Prozent des Umfangs von 1936. Im Jahre 1948 nahm die Anbaufläche weiter zu; namentlich wurden um 93 100 Hektar Land mehr als im vorhergehenden Jahr mit Kartoffeln bestellt.

Hunderttausende ehemaliger Landarbeiter und Armbauern, die Boden erhalten haben und von

der Fronarbeit beim Gutsbesitzer befreit sind, haben frischen Mut geschöpft.

„45 Jahre lang habe ich mich beim Gutsbesitzer abgerackert“, sagte der ehemalige Landarbeiter Tesar, jetzt selbständiger Landwirt im Dorfe Groß-Breesen; „es war immer mein Traum, mir wenigstens eine kleine Wirtschaft anzuschaffen. Aber erst nach der Niederlage des verbrecherischen Hitlerfaschismus habe ich mit Hilfe des Blocks der demokratischen Parteien und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe Boden erhalten. Man hat mir auch geholfen, die Wirtschaft einzurichten. Jetzt besitze ich ein Haus, ein Pferd und eine Kuh. Schon das zweite Jahr bearbeite ich meinen eigenen Boden und bringe meine eigene Ernte ein; jetzt sehe ich erst so recht, was Volksdemokratie bedeutet.“

„Vor der Reform hatte ich so an die fünf Morgen Land“ (1,25 Hektar), erzählt der thüringische Bauer Karl John. „Vierundzwanzig Jahre lang haben meine Familie und ich ein Hungerdasein auf dieser armseligen Scholle geführt. Jetzt, nachdem ich 12 Hektar Land erhalten habe, ist meine Familie für die Zukunft sichergestellt...“

Es erklärt sich aus dem Interesse der werktätigen Bauern an der Hebung der Wirtschaft, aus der Zuversicht, mit der sie in die Zukunft blicken, daß trotz des Mangels an Kunstdünger, trotz des unbefriedigenden Zustands der landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Berieselungsanlagen sowie des Bestehens anderer Schwierigkeiten die Ernteerträge besonders in den Neubauernwirtschaften seit der Reform steigen. Nachstehend ein Beispiel von vielen.

Auf dem früheren Gut Dornheim erntete man vor der Reform durchschnittlich vom Hektar: Weizen 16 Doppelzentner, Roggen 12, Kartoffeln 160, Zuckerrüben 200. Nach der Aufteilung der Gutsländereien stieg der Ertrag wie folgt: Weizen 24, Roggen 16, Kartoffeln 180, Zuckerrüben 280 Doppelzentner vom Hektar. Im vorigen Jahr haben die Bauern der sowjetischen Besatzungszone fast überall eine gute Ernte erzielt.

Das bei der Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte angewandte System bildet einen wirksamen Ansporn für die werktätigen Bauern und eine gute Handhabe zur Beschränkung der kapitalistischen Großbauernelemente. Dieses System findet in weiten Bevölkerungsschichten des deutschen Dorfes Unterstützung. Das geht aus der Tatsache hervor, daß das Ablieferungssoll für 1948 durchschnittlich um 2—4 Monate früher erfüllt worden ist als im vorhergehenden Jahr.

Die Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten werden den Bauern zu erhöhten Preisen abgekauft. Gleichzeitig werden Industriewaren,

wie Textilien, Schuhwerk, landwirtschaftliche Geräte u. a., ins Dorf geschickt. Im Warenaustausch zwischen Stadt und Land kommt dem ausgedehnten Netz der Konsum- und Vertriebsgenossenschaften große Bedeutung zu.

Der durch die Bodenreform hervorgerufene Aufschwung in der Landwirtschaft hat sich auch günstig auf die Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone ausgewirkt. Während die Westzonen eine chronische Ernährungs Krise durchmachen, werden die Lebensmittelrationen in der sowjetischen Besatzungszone von Jahr zu Jahr erhöht. So erließ der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung am 3. September v. J. den Befehl Nr. 151 über die Erhöhung der Lebensmittelrationen für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone. In diesem Befehl ist die Ausgabe warmer Mahlzeiten an noch eine halbe Million Arbeiter und Angestellte (früher eine Million) als Zusatzverpflegung vorgesehen, die 645 Kalorien pro Tag und Person gleichkommt. Außerdem sind die Lebensmittelrationen für alle Kategorien der Bevölkerung um 200—320 Kalorien pro Tag und Person erhöht worden.

Die Bodenreform hat reale Voraussetzungen für die Einführung des Planprinzips in der Landwirtschaft geschaffen. Die Planung ist ein wirksamer Hebel für die Entwicklung der Landwirtschaft und für die Stärkung der Demokratie im deutschen Dorfe. In dem Zweijahresplan für die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, der von der Leitung der SED für die Jahre 1949/50 ausgearbeitet und von der Deutschen Wirtschaftskommission gebilligt wurde, nimmt die Wiederherstellung und Fortentwicklung der Landwirtschaft einen bedeutenden Raum ein.

Diesem Plan zufolge sollen die Anbauflächen bis 1950 um 225 000 Hektar erweitert werden und 97 Prozent des Umfangs von 1936 erreichen. In dem Plan wird das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, den Ertrag der wichtigsten Nährpflanzen durch intensive Bodenbearbeitung, Ausbau der Bewässerungsanlagen und verbesserte Wasserzufuhr, durch weitergehende Anwendung von Kunstdünger usw. zu erhöhen. Alle diese Maßnahmen werden die Möglichkeit geben, die Ertragsfähigkeit im Jahre 1950 für Getreide und Hülsenfrüchte um 23 Prozent, für Zuckerrüben um 49 Prozent und für Kartoffeln um 38 Prozent zu steigern.

Viel Beachtung wird im Zweijahresplan der Entwicklung der Viehzucht geschenkt. Im Jahre 1950 soll die Stückzahl der Rinder um 25 Prozent,

der Schweine um 66 Prozent, der Schafe um 60 Prozent, der Pferde um 11 Prozent steigen. Der Zweijahresplan sieht auch eine bedeutende Vermehrung der landwirtschaftlichen Maschinen vor.

Im Gegensatz zum Marshallplan und seinem Sproß für Westdeutschland, dem „Plan Pünder-Erhard“, fußt der Zweijahresplan für die sowjetische Besatzungszone auf den realen inneren Möglichkeiten und Hilfsquellen, nicht aber auf Anleihen und Krediten aus dem Ausland. Dabei schließt aber der Zweijahresplan die Erweiterung des Außenhandels keineswegs aus, sondern nimmt sie sogar in Aussicht, natürlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Handelspartner, nicht auf Grundlage von Knechtschaftsabkommen. Der Plan wurde von den breiten werktätigen Schichten des deutschen Volkes mit großer Genugtuung aufgenommen.

* * *

Die politische Bedeutung der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Diese Reform hat der adligen Gutsbesitzerkaste nicht nur ihre wirtschaftliche Macht, sondern auch ihren politischen Einfluß genommen. Nicht zu vergessen ist jedoch, daß die Reform dem Privatbesitz am Boden kein Ende bereitet hat. Die noch vorhandenen kapitalistischen Großbauern besitzen einen bedeutenden Teil des Bodens und einen noch größeren Teil der landwirtschaftlichen Maschinen und des Zugviehs.

Auf der Jagd nach Profiten und Überprofiten streben die kapitalistischen Großbauernelemente nach verstärkter Ausbeutung der Landarbeiter und nach Erweiterung ihrer Wirtschaften durch Enteignung werktätiger Bauern. Aber erstens stößt dieses Bestreben auf den Widerstand der Bauern selbst, zweitens ist bekannt, daß die Bodenreformgesetze, die den Verkauf und die Verpachtung von Land verbieten, eine Verwirklichung dieser Absichten verhindern. Schließlich ist in der sowjetischen Besatzungszone eine demokratische Sozialgesetzgebung eingeführt worden, die die Interessen der Landarbeiter schützt.

Kein Wunder, daß die kapitalistischen Großbauernelemente einen immer erbitterteren Kampf gegen die demokratische Bodenreform führen. Diese hat eine Verschärfung des Klassenkampfes bewirkt. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, daß die werktätigen Bauern in das Lager der Demokratie einbezogen werden, um gemeinsam mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung für die demokratischen Errungenschaften zu kämpfen; ebenso ist eine erzieherische

und organisatorische Arbeit unter den Bauern äußerst wichtig.

Im Verlauf und im Ergebnis der Bodenreform ist in der sowjetischen Besatzungszone eine rege Zusammenarbeit zwischen der deutschen Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft zustande gekommen. Die Arbeiter leisten den Bauern praktische Hilfe, namentlich bei der Instandsetzung landwirtschaftlicher Geräte, sie steigern die Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen und Düngemittel. Die Bauern helfen ihrerseits der Stadt, über die Ernährungsschwierigkeiten hinwegzukommen.

Durch die Bodenreform sind Voraussetzungen für ein festes politisches Bündnis der Werktätigen in Stadt und Land geschaffen. Dies tritt im gesamten öffentlichen und politischen Leben der sowjetischen Besatzungszone zutage.

Ein Kennzeichen für die politische Aktivierung der werktätigen Bauernschaft ist das Entstehen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone im Frühjahr und Sommer v. J. Diese Partei verkündete, sie sehe ihre Aufgabe darin, „die demokratische Grundlage auf dem Dorfe zu verankern und im Interesse des ganzen Volkes jedes Dorf zu einer festen Stütze der Demokratie zu gestalten“. Ihre wichtigste Aufgabe erblickt die Partei in der „Sicherung und Festigung der Bodenreform“. In ihrer Programmdeklaration fordert sie Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland.

Der fortschrittliche Charakter der Demokratischen Bauernpartei geht vor allem daraus hervor, daß sie nach einem festen Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern strebt. In der Deklaration der Partei heißt es: „Die enge Verbundenheit der Arbeiter und Bauern ist die beste Garantie gegen die Rückkehr der volksfeindlichen Kräfte und für die Befriedigung ihrer“ (der Arbeiter und Bauern) „politischen und wirtschaftlichen Interessen.“

Die Bodenreform zeugt ebenso wie andere demokratische Umgestaltungen in der sowjetischen Besatzungszone davon, daß die Sowjetunion den demokratischen Prinzipien der Abkommen von Jalta und Potsdam treu ist. Dank der von den sowjetischen Behörden betriebenen Politik ist die östliche Besatzungszone zu einem Bollwerk der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes in ihrem Kampf für ein einheitliches demokratisches Deutschland geworden.

Die Schaffung eines solchen Deutschlands liegt jedoch nicht in den Absichten der Westmächte. Ihre Politik zielt auf Zerstückelung des Landes und auf Verwandlung seines westlichen Teils in eine Basis des aggressiven Blocks ab, der unter Leitung der USA in Westeuropa formiert wird.

Der Verzicht auf eine demokratische Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands ist ein Bestandteil dieser Politik. Das Ergebnis ist Chaos und Verfall in der Landwirtschaft dieser Zonen. Die Ernährungslage in Bizonien war im Vorjahr um nichts besser als vor drei Jahren. Anfang Oktober v. J., als in Bizonien der Getreidedrusch noch nicht abgeschlossen war, forderte der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der ostelbische Junker Schlange-Schöningen, von der hungernden Bevölkerung, sie solle jede „Verschwendung“ unterlassen. Einen Monat später richtete Schlange-Schöningen an Bischof Wurm die Bitte, im Namen des Allmächtigen die Verbraucher zu sparsamem Umgang mit Lebensmitteln aufzufordern. Der Statthalter des Allmächtigen hinieden, Bischof Wurm, zeigte jedoch in seiner Antwort, daß er nicht des Gefühls für die Wirklichkeit ermangelt. Er spielte unzweideutig darauf an, daß die Ernährungskatastrophe in Bizonien auf die Politik der englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden und ihrer deutschen Helfer zurückzuführen ist.

Mit Hilfe der westlichen Besatzungsbehörden hat die Junkeraristokratie in Bizonien ihre wirtschaftlichen Positionen behauptet, die sie zum Kampf gegen die demokratischen Kräfte des

deutschen Volkes ausnutzt. Die Adligen gründen in Westdeutschland wieder monarchistisch-faschistische Parteien und Organisationen und entfalten ungehindert eine Revanchepropaganda. Gemeinsam mit den Magnaten des Ruhrgebiets sind sie dem englisch-amerikanischen Imperialismus eine Stütze bei der Wiederherstellung des deutschen Militarismus.

Somit liegt die Vereitelung der demokratischen Bodenreform wie auch anderer Maßnahmen zur Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands auf der politischen Gesamtlinie der Westmächte, die darauf hinausläuft, Westdeutschland zur militärstrategischen Hauptbasis für eine amerikanische Expansion in Europa zu machen.

Diese Politik hat mit den Interessen des Friedens und der Demokratie nichts gemein. Ihr Scheitern ist unausbleiblich, da sie den Interessen der friedliebenden Völker, die sich nach einem dauernden Frieden sehnen, diametral zuwiderläuft.

„Nur die Sowjetunion und die Staaten der Volksdemokratie“, sagte W. M. Molotow, „konnten ein Programm für den Aufbau Deutschlands aufstellen, das den Interessen aller Völker entspricht und tatsächlich dem Frieden, der Demokratie und dem Sozialismus dient.“

Über die Tätigkeit des Indischen Nationalkongresses

A. DJAKOW

ENDE DEZEMBER fand der 55. ordentliche Parteitag (oder, wie man es in Indien nennt, die 55. Session) des Indischen Nationalkongresses statt. Das war die erste Tagung, die einberufen wurde, nachdem infolge der Teilung Indiens die Indische Union gebildet worden war. Formal gelangte der Nationalkongreß am 15. August 1947 zur Macht, faktisch aber wurden seine Führer schon 1946, als durch Bemühen der Engländer die Provisorische Regierung Indiens zustande kam, zur Teilnahme an der Regierung des Landes herangezogen.

Vor seinem Machtantritt erklärte der Kongreß stets, er vertrete die Interessen aller Völker

Indiens und aller Klassen außer denen der Fürsten und Gutsbesitzer. Die Kongreßleitung verkündete, sie kämpfe für die völlige Unabhängigkeit Indiens, für die Beseitigung der Überreste des Feudalismus. Sie versprach, die kleinen Feudalfürstentümer zu liquidieren und das politische System in den großen Fürstentümern zu demokratisieren, ferner den Gutsbesitzern den Boden abzukaufen und ihn den Bauern zu übergeben, die wichtigsten Industriezweige zu verstaatlichen und die wirtschaftlichen Grundlagen für die Herrschaft der Engländer über Indien zu beseitigen, sowie die arbeitenden Massen Indiens aus Hunger und Elend zu erlösen.

Dieses Programm sicherte dem Nationalkongreß die Unterstützung weiter Schichten der Bevölkerung Indiens und die absolute Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung der Indischen Union. Nachdem der Kongreß jedoch zur Macht gekommen war, ließen die Tatsachen erkennen, daß er nicht die Absicht hat, sein Programm zu verwirklichen.

Schon im Dezember 1946 ging die Leitung des Nationalkongresses darauf ein, daß nur 50 Prozent der Vertreter der Fürstentümer für die Konstituierende Versammlung Indiens von den gesetzgebenden Körperschaften dieser Fürstentümer gewählt, die übrigen 50 Prozent aber von den Fürsten bestimmt wurden. Dschawaharlal Nehru erklärte in einer Sitzung der Konstituierenden Versammlung, die monarchistische Regierungsform in den Fürstentümern sei mit der republikanischen Regierungsform der gesamten Indischen Union durchaus vereinbar.

Der Kongreß erklärte sich im Juni 1947 mit der Teilung Indiens in zwei Dominions einverstanden; damit verzichtete er auch auf sein früheres Programm, in dem die 'Aufhebung' der Zerstückelung Indiens in Provinzen und Fürstentümer vorgesehen war. Durch die administrativen Reformen, z. B. den Zusammenschluß kleiner Fürstentümer zu großen, wurden die Positionen der Fürsten keineswegs geschwächt. Vielmehr war das Gegenteil der Fall. Weit davon entfernt, die Entwicklung der demokratischen Massenbewegung in den Fürstentümern zu fördern, trat die indische Regierung gegen diese Bewegung auf. Indische Truppen besetzten im September v. J. das Fürstentum Haidarabad und begannen unter den Bauern Telenganas aufzuräumen, die sich gegen die Tyrannei des Nizam und der Feudalherren auflehnten.

Das zeigt, daß man mit der Besetzung Haidarabads durch Truppen der Indischen Union keineswegs den Zweck verfolgte, die Bewohner dieses Fürstentums vor der Willkür des Nizam und seiner Garde, der sogenannten Rasakars, zu bewahren. Auch in diesem Fall ließen sich die Führer des Nationalkongresses von der Furcht davor leiten, daß der Aufstand von Telengana und die Bauernbewegung in anderen Gebieten des Fürstentums die Bauern in den benachbarten Provinzen der Indischen Union beeinflussen könnten. Der Nizam regiert das Fürstentum auch nach der Besetzung weiter.

Somit betreibt der Nationalkongreß gegenüber den Fürstentümern im wesentlichen die gleiche Politik, wie sie die englischen Kolonisatoren betrieben hatten. Daß der Kongreß sich diese Politik zueigen gemacht hat, sagte Dr. Ambedkar, der

Justizminister der Indischen Union, ganz offen auf der Tagung der Konstituierenden Versammlung im November v. J. Er erhob Einspruch gegen die Gleichstellung der Provinzen und Fürstentümer und wies darauf hin, daß die Sonderkommissionen zur Frage der Beziehungen zwischen Indien und den Fürstentümern sich durch bestimmte Abkommen sowohl mit der Fürstenkammer als auch mit einzelnen Regenten gebunden hätten, weshalb sich auch die Konstituierende Versammlung durch diese Verpflichtungen gebunden zu fühlen habe. Es trat unverkennbar zutage, daß die indische Großbourgeoisie angesichts der wachsenden Volksbewegung sich auf einen Schacher mit den reaktionärsten Elementen Indiens, den Fürsten, eingelassen hat und jetzt nicht einmal daran denkt, deren Macht aufzuheben.

Die Kongreßleitung nahm auch von der früher verkündeten Nationalitätenpolitik Abstand. Seit 1920 hatte der Kongreß eine andere administrative und politische Einteilung des Landes gefordert. Er hatte die Einteilung mit vollem Recht als mittelalterlich und bürokratisch bezeichnet und auf Schaffung autonomer Provinzen im Einklang mit den Siedlungsgebieten der einzelnen Nationalitäten Indiens bestanden. Heute erklären die Führer des Nationalkongresses, die Rekonstruktion der administrativen und politischen Einteilung Indiens sei nicht zeitgemäß; diejenigen, die die Durchführung des alten nationalen Programms fordern, werden als Separatisten verschrien. Im Verfassungsprojekt ist die Bildung einzelner Provinzen nach Sprachgemeinschaften der Bevölkerung nicht einmal erwähnt. Der Präsident und die Zentralregierung der Indischen Union erhalten derart weitgehende Rechte, daß von der Autonomie der Provinzen nichts übrigbleibt. Auch nationale Gleichberechtigung gibt es in der Indischen Union nicht. Zur Amtssprache wurde Hindi erklärt, praktisch aber bedienen sich die Behörden meist der englischen Sprache.

Das alles bestätigt die Richtigkeit der Äußerungen der demokratischen Presse, denen zufolge die Kongreßleitung, die sich die Rolle der Vertreterin aller Völker Indiens anmaßt, in Wirklichkeit nur die Interessen der Großbourgeoisie, in der Hauptsache der Gudscharati- und Marwar-Bourgeoisie vertritt. Diese, die sich mit dem englischen Imperialismus geeinigt und vor den Wall-Street-Bankiers einen Fußfall getan hat, wünscht nicht, den Markt mit der schwächeren Bourgeoisie der anderen Nationalitäten Indiens zu teilen. Außerdem brächte die Bildung nationaler Provinzen unweigerlich eine Aufhebung der Fürstentümer mit sich. In den örtlichen Verwaltungsorganen der Provinzen, in denen die Großbourgeoisie schwach

ist, würden demokratisch gesinnte Persönlichkeiten eine entscheidendere Rolle als im Zentrum spielen. Dies aber liegt keineswegs im Interesse der indischen Großbourgeoisie. Das ist der Grund, weshalb die Kongreßleitung auf Durchführung ihres früheren Programms verzichtet hat.

Gegenwärtig sinkt die Industrieproduktion Indiens. Fast in allen Industriezweigen ist ein Produktionsrückgang zu beobachten. So schrumpft die Stahlerzeugung, die nach dem Krieg auf jährlich 1 200 000 Tonnen sank, noch weiter, 1948 wurden, wie von mancher Seite angegeben wird, nur 850 000 Tonnen Stahl gegossen. Auch die Roh-eisenproduktion ist im Niedergang begriffen. Im Vergleich zur Kriegszeit hat sich die Erzeugung von Baumwollstoffen und Jutewaren verringert. Die englischen und amerikanischen Kapitalisten, auf deren Hilfe die indische Regierung rechnet, sind an einer Entwicklung der indischen Industrie keineswegs interessiert, im Gegenteil, sie suchen sie zu hemmen und das Land als Absatzmarkt für ihre eigenen Waren zu benutzen. Fabrikwaren aus den USA und England werden nach Indien verkauft. Solange Indien von den imperialistischen Mächten wirtschaftlich abhängig ist, wird sich seine Industrie nur so weit entwickeln, wie das den Kolonisatoren von Nutzen ist.

Eine Verstaatlichung der indischen Groß-Industrie könnte die Voraussetzungen für Indiens wirtschaftliche Unabhängigkeit schaffen. Die Kongreßführer haben das ausgezeichnet begriffen und sprachen hierüber auch vor ihrem Machtantritt. Die Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige müßte jedoch die Interessen von Industriemagnaten Indiens wie Tata, Birla, Dalmia u. a. unweigerlich in Mitleidenschaft ziehen. Die Kongreßleitung ist aber von ihnen abhängig. Es ist daher kein Wunder, daß die Regierung die Frage der Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige auf zehn Jahre zurückgestellt hat. Das bezieht sich auch auf Industrieunternehmungen, die englischen Gesellschaften gehören.

Die indische Großbourgeoisie ist zu eng mit dem englischen Kapital liiert, als daß sie eine Verstaatlichung der diesem gehörenden Unternehmungen zulassen könnte. In Indien wurde nach dem Krieg eine bedeutende Anzahl gemischter Firmen, an denen sowohl indisches als auch englisches Kapital beteiligt ist, gegründet. Übrigens hat in letzter Zeit auch das USA-Kapital begonnen, in viele indische Gesellschaften einzudringen.

Denselben Kurs nahm die Kongreßführung auch hinsichtlich der Agrarreform. Zwar hat das Gerede über eine Agrarreform in einer Reihe von Provinzen nicht aufgehört, es werden Gesetzentwürfe vorbereitet, denen zufolge die Rechte der Großgrundbesitzer in unbedeutendem Maße ein-

geschränkt werden sollen, wofür man ihnen eine recht solide Entschädigung zu zahlen beabsichtigt. Sollten diese Projekte aber auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, so würden der Großgrundbesitz und die feudalen Überreste im Dorf dennoch bestehen bleiben, die Bauernschaft würde nach wie vor ein Hungerdasein führen. Aber selbst die kärglichsten Reformprojekte stoßen bei den indischen Gutsbesitzern, mit denen die Regierung kein Zerwürfnis wünscht, auf entschiedenen Widerstand.

Indes ist ohne Liquidierung des Großgrundbesitzes, des Wucherertums und anderer Überreste des Feudalismus ein Aufschwung in der Landwirtschaft Indiens, die tief in Verfall geraten ist, nicht möglich. Der Getreidemangel wird, vorläufigen Berechnungen zufolge, im laufenden Jahr drei Millionen Tonnen ausmachen. Südindien ist von Hungersnot bedroht. Die Regierung führt das vor neun Monaten abgeschaffte Markensystem wieder ein; 70 Millionen Menschen werden im Februar d. J. rationierte Lebensmittel erhalten, unter denen die Brotationen, wie gemeldet wird, nicht mehr als 113—170 Gramm ausmachen werden. Infolge des Rückgangs der Industrie und der Landwirtschaft sinkt auch das Nationaleinkommen. In den Jahren 1939/40 betrug es 67 Rupien pro Kopf der Bevölkerung, 1947/48 nur 62 Rupien.

Bisher ist in keiner einzigen Provinz auch nur die unbedeutendste Bodenreform durchgeführt worden. Dort, wo die Bauernbewegung ein besonders breites Ausmaß angenommen hat, z. B. in Südindien, in den Kongreßprovinzen Andhra und Kerala stellen sich die dortigen Organisationen des Nationalkongresses offen auf die Seite der Fürsten und Gutsbesitzer. Die Nationalkongreß-Regierungen der Fürstentümer Travankur und Kotschin wenden ebenso grausame Repressalien gegen die Bauern- und Arbeiterbewegung an, wie es die Minister des englischen Vizekönigs taten.

Terror gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung herrscht in ganz Indien. In einer Reihe von Provinzen ist die Kommunistische Partei verboten. Fast überall sind ihre Presseorgane, die in den Sprachen der Völker der betreffenden Provinzen erschienen, geschlossen. In vielen Bezirken ist die Verbreitung des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Indiens, „People's Age“ untersagt. Der Nationalkongreß hat eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung herbeigeführt, indem er eine neue Gewerkschaftszentrale, den sogenannten Nationalen Gewerkschaftskongreß gründete, der die Gönnerschaft des Vizepräsidenten und Innenministers Sardar Patel genießt. Aber trotz der Tätigkeit dieser gelben

Organisation ebbt die Streikbewegung in Indien nicht ab. Mit zunehmender Teuerung und im Zusammenhang mit den Massenentlassungen fanden allein im ersten Quartal v. J. 1811 Streiks mit 1840 780 Teilnehmern statt. Tausende Aktivisten der Gewerkschaftsbewegung und der sonstigen Arbeiterbewegung wurden ins Gefängnis geworfen. Den Polizeiverfolgungen sind auch die demokratischen Jugendorganisationen und die Bauernverbände ausgesetzt.

Das wäre die innere Lage in Indien. Selbst die kongreßtreue Presse muß zugeben, daß sie nicht erfreulich ist. Die in Bengalen erscheinende Zeitung „Amrita Bazar Patrika“ schreibt in ihrem Neujahrsrückblick:

„Wir haben ein Jahr der Tragödien, der unerfüllten Träume und ungestillten Hoffnungen hinter uns, ein Jahr erfolgloser Bemühungen um die Erreichung des Friedens und Wohlbefindens.“

„Free Press Journal“, das Blatt der indischen Sozialisten, beweinte einen Tag vor Neujahr das erste Jahr der „Unabhängigkeit“ und bezeichnete es

„als ein Jahr vergebens vergossener Blutes und vergebens geweinter Tränen, zersplitterter Bemühungen und ergebnisloser schwerer Arbeit“.

Die formale Erklärung Indiens zum Dominion hat nichts daran ändern können, daß die wichtigsten Wirtschaftspositionen wie vor 1947 in englischen Händen geblieben sind. Was die gemischten englisch-indischen Gesellschaften betrifft, so hängen sie gänzlich vom englischen Kapital ab. In letzter Zeit macht sich die Tendenz bemerkbar, die Positionen des englischen Kapitals in Indien, die während des zweiten Weltkriegs etwas geschwächt worden waren, zu verstärken. Daneben erweitern und festigen sich auch rasch die Positionen des USA-Kapitals, das in die indische Industrie und besonders in den indischen Handel eindringt.

Der englische und der amerikanische Imperialismus macht sich Indiens wirtschaftliche Abhängigkeit zunutze, um einen direkten politischen Druck auf die indische Regierung auszuüben und sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. USA-Botschafter Henderson erklärte am 22. Dezember v. J. auf einer Pressekonferenz in Delhi, die „Hilfe“ der USA an Indien hänge unmittelbar von dessen künftiger Verfassung und Wirtschaftspolitik ab.

International wird Indien immer mehr in den Bannkreis des englisch-amerikanischen Blocks hineingezogen. Wie aus der englischen und indischen Presse hervorgeht, hat die indische Delegation auf der am 22. Oktober v. J. abgeschlossenen Konferenz von Vertretern der britischen Dominions die Verpflichtung übernommen, in der

Konstituierenden Versammlung den Beschluß durchzudrücken, daß Indien innerhalb des Britischen Reichs belassen wird. Die englischen Labourleute arbeiten gemeinsam mit den Nationalkongreßleuten eine entsprechende juristische Formel aus. Aber wie schlaue ertüffelt diese Formel auch sein mag, wie gründlich man auch den Namen des Britischen Reiches und seines indischen Dominions ändert, tatsächlich bleibt Indien politisch von England abhängig. Dies wird durch die Ergebnisse der Konferenz von Vertretern der Dominions restlos bestätigt. Selbst in dem absichtlich schleierhaft formulierten offiziellen Communiqué, in dem man Hymnen an den Weltfrieden und das „Bündnis des Ostens mit dem Westen“ anstimmt, verkündet man das Zustandekommen einer Vereinbarung, der zufolge die anderen Länder des Britischen Reiches (d. h. die nichteuropäischen) über die Zusammenarbeit der Länder Westeuropas (d. h. des Westblocks) auf dem laufenden gehalten werden sollen. In den Kommentaren der englischen Presse spricht man hierüber bedeutend eindeutiger. So schreibt der „Daily Mirror“:

„Jetzt haben Indien und Pakistan deutlich gezeigt, daß sie in wirtschaftlichen Angelegenheiten sowie in Verteidigungsfragen ihr Geschick an das des Britischen Reiches, der USA und Westeuropas knüpfen.“

Die konservative englische Zeitung „Observer“ schrieb am 17. Oktober v. J., Nehru und Liaquat Ali Khan hätten den englischen Behörden bei der Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegung in Malaya erhebliche Hilfe geleistet.

Die reaktionäre Innenpolitik des Indischen Nationalkongresses steht mithin in restlosem Einklang mit seiner Außenpolitik. Das vom Nationalkongreß gelenkte Indien wird immer mehr in die Machenschaften des englisch-amerikanischen Blocks hineingezogen, der einen neuen Kriegsbrand schürt.

Mit solchen Ergebnissen kam der Indische Nationalkongreß zu seinem ordentlichen Parteitag, der am 16. Dezember v. J. eröffnet wurde und berufen war, den reaktionären politischen Kurs der Kongreßleitung gutzuheißen.

Zum erstenmal in der Geschichte des Nationalkongresses wurde dessen Parteitag im Fürstentum Dschaipur, unweit seiner Hauptstadt, einberufen. Der Maharadscha von Dschaipur erwies den Parteitagsdelegierten alle Ehre. Er stellte Pattabhi Sitaramaya, dem Vorsitzenden des Nationalkongresses, seine Palastgarde zur Verfügung und ließ ihn auf silberbeschlagenem, mit weißen Stieren bespanntem Wagen einholen.

Vor Eröffnung der Tagung trat das Landeskomitee (Exekutivkomitee) des Nationalkongresses

zusammen, dem die vorher vom Arbeitskomitee ausgearbeiteten Resolutionen zur Bestätigung vorgelegt wurden. Aber selbst im Landeskomitee wurden kritische Stimmen zur Tätigkeit des Nationalkongresses laut. So erklärte Choitram Gidwani, ein Mitglied des Komitees, die Tätigkeit des Indischen Nationalkongresses entspreche nicht seinen Resolutionen, das Elend des Volkes sei eine Folge der schlechten Verwaltung, die Leiden und Qualen der Völker Indiens seien nicht im Abnehmen, sondern im Zunehmen begriffen, die Kongreßführer aber strebten nur nach Macht und Gewinn.

Der Vorsitzende Pattabhi Sitaramaya unterbrach Gidwani und entzog ihm das Wort. Diese Abwürgung der Kritik brachte jedoch nicht die gewünschten Ergebnisse. Unzufriedenheit mit der Politik des Nationalkongresses und der regierenden Clique klang in den Reden der Delegierten immer wieder durch.

Besonders scharf wurde die Resolution über das weitere Verbleiben Indiens im Britischen Reich kritisiert. Hiergegen traten mehrere Mitglieder des Komitees auf und forderten Indiens Austritt aus dem Britischen Reich. Dschandscharia und Mahawir Singh verlangten dringend, Indien solle eine neutrale Politik betreiben und keinerlei Blocks beitreten. Harwani, ein anderes Mitglied des Komitees, verlangte Umwandlung der Indischen Union in eine sozialistische Republik, Nathulal, ebenfalls ein Komiteemitglied, kritisierte die Außenpolitik der Nationalkongreßleitung und verlangte Herstellung aufrichtiger Freundschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. Er wies darauf hin, daß gerade eine solche Politik für Indien und seine Völker von lebenswichtiger Bedeutung sei.

Die kritischen Reden einer Reihe von Mitgliedern des Landeskomitees des Indischen Nationalkongresses brachten die Unzufriedenheit der einfachen Kongreßmitglieder mit der Politik der Leitung zum Ausdruck. Aber die Stimmen dieser Vertreter blieben ungehört. Alle wesentlichen Verbesserungsanträge zu den Resolutionen wurden abgelehnt.

Auf dem Parteitag des Nationalkongresses selbst wurden kritische Äußerungen fast überhaupt nicht geduldet. Alle vom Arbeitskomitee eingebrachten Resolutionen wurden bestätigt,

darunter auch die über die Beibehaltung „besonderer“ Beziehungen zum Britischen Reich. Faktisch handelt es sich um die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit Indiens, das dem Britischen Reich auch weiter angehört.

In der Resolution zum Wirtschaftsprogramm des Kongresses ist die Bodenreform mit keinem Worte erwähnt. Über die Verstaatlichung der Industrie heißt es:

„Die Regierung hat ihre Politik bekanntgegeben, die auf Bildung einer gemischten (staatlichen und privaten) Industrie abzielt. Ein großer Teil der bevorstehenden Neubauten wird privates Eigentum sein. Zwar sieht die Politik des Nationalkongresses die allmähliche Herstellung einer staatlichen Kontrolle über die führenden Wirtschaftszweige und deren Obereignung an den Staat vor, nichtsdestoweniger hat der Kongreß nicht die Absicht, die gesetzmäßigen Interessen der Unternehmer zu beeinträchtigen.“

Auf einer der letzten Sitzungen wurden 11 Resolutionen fast ohne jede Debatte bestätigt.

Der Parteitag in Dschaipur zeigt, daß sich der Indische Nationalkongreß in eine Partei des reaktionären Blocks der indischen Kapitalisten, Gutsbesitzer und Fürsten verwandelt hat. Unter den einfachen Mitgliedern des Nationalkongresses gibt es nicht wenige demokratisch Gesinnte, die noch immer an die Fähigkeit des Kongresses glauben, für die Unabhängigkeit des Landes, für die Freiheit und das Wohl des Volkes zu kämpfen. Aber diese Illusionen verflüchtigen sich. Die Kongreßleitung strebt, wie ihre Innen- und Außenpolitik zeigt, nicht nach wahrer Unabhängigkeit Indiens. Sie hat sich auf einen Kuhhandel mit den englisch-amerikanischen Imperialisten und der einheimischen Reaktion zum Kampf gegen das eigene Volk eingelassen.

Jetzt entspinnt sich der Kampf für die wahre Unabhängigkeit Indiens, für die Demokratisierung seines politischen Systems, für die Interessen seiner werktätigen Massen außerhalb des Kongresses und gegen ihn. Dieser Kampf wird von den demokratischen Kräften der Völker Indiens, den Werktätigen in Stadt und Land, unter Führung der Arbeiterklasse ausgefochten. Trotz des Polizeiterrors der regierenden Clique verteidigt das indische Volk mutig sein Recht auf ein unabhängiges und freies Leben in gleichberechtigter Gemeinschaft mit anderen Völkern der Welt.

Die Lage der Arbeiter in den marshallisierten Ländern

J. K.

MEHHR als anderthalb Jahre sind vergangen, seitdem Marshall in der Harvarduniversität seinen Plan zur politischen und wirtschaftlichen Knechtung Europas bekanntgab. Zwar begann die sogenannte Marshallhilfe erst im Frühjahr 1948, aber die Durchführung eines Vor-„Hilfsprogramms“ wurde bald nach Marshalls Rede eingeleitet, so daß wir jetzt die Auswirkungen der Marshallisierung für ein ganzes Jahr überblicken können.

Ohne im einzelnen auf die Veränderungen der Lage der Arbeiter in den marshallisierten Ländern einzugehen, wollen wir die allgemeinen Entwicklungstendenzen vermerken, die erkennen lassen, wie der Marshallplan die Lage der Arbeiter beeinflusst. Diese Tendenzen sind so klar ausgeprägt, daß man sie mit bloßem Auge deutlich erkennen kann. Sogar die bekanntlich durch und durch verfälschten amtlichen Statistiken der kapitalistischen Länder vermögen die wirkliche Lage der Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern nicht zu verhüllen.

Betrachten wir zunächst die Dynamik der Löhne. In allen Ländern Westeuropas sind die Geldlöhne gestiegen. Aber wie steht's mit den Preisen? Diese sind ebenfalls überall gestiegen, und zwar proportional weit mehr als die Löhne. Es gibt in Westeuropa kein einziges Land, in dem die Reallöhne, sogar nach den amtlichen Statistiken, im letzten Jahre nicht gesunken wären.

In England sind nach der amtlichen Statistik die Tariflöhne seit dem Herbst 1947 um 4 Prozent heraufgegangen. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten um 7 Prozent gestiegen.

In Frankreich haben die Tariflöhne in der gleichen Zeit um 25 Prozent zugenommen, während sich die Lebenshaltungskosten mehr als verdoppelt haben — alles nach den amtlichen französischen Angaben!

In Belgien zeigen die amtlichen Zahlen „nur“ eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 20 Prozent. Was die Löhne betrifft, so bekunden die belgischen Behörden ein höchst eigenartiges Zartgefühl, indem sie die regelmäßige Veröffentlichung von Lohnstatistiken vermeiden. Diese würden ja, wie man sie auch immer präparieren mag, die Tatsache bestätigen, daß mit dem Ansteigen der Preise die Reallöhne unablässig gesunken sind.

In Holland sind die Statistischen Ämter wendiger: sie haben soeben eine Lohnsteigerung von 5 Prozent seit dem Herbst 1947 festgestellt und gleichzeitig anerkannt, daß die Lebenshaltungskosten um 15 Prozent gestiegen sind. Wir wiederholen: alles amtlich!

Aber vielleicht haben, entsprechend den Lehren von Keynes, Rueff und anderen modernen Theoretikern der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeiter mit dem Sinken der Reallöhne eine größere Sicherheit der Beschäftigung gewonnen? Mag sein, daß die Reallöhne niedriger sind; aber dafür ist vielleicht die Arbeitslosigkeit zurückgegangen?

Nein.

In Frankreich hat sich nach der amtlichen Statistik die Zahl der Vollunterstützten binnen eines Jahres fast vervierfacht! Natürlich lebt derjenige, der keine Einnahmequellen außer der Unterstützung besitzt, auf niedrigerem Niveau als der Beschäftigte. Aber in Frankreich lagen die Reallöhne der Beschäftigten im Herbst 1948 um die Hälfte unter dem Reallohn von 1945.

Auch Belgien meldet amtlich fast eine Vervielfachung der Zahl der Arbeitslosen für Ende 1948 gegenüber dem gleichen Termin im Jahre 1947.

Die italienische Regierung hat u. a. offen erklärt, daß im Herbst 1948 die Zahl der Arbeitslosen in Italien rund 2,4 Millionen betrug, d. h. um ein Drittel mehr als im Herbst 1947. Also wurden unter dem Marshallplan mehr als ein halbe Million Arbeiter auf die Straße geworfen. Zusammen mit ihren Familien bilden sie eine Armee von 2,5 Millionen.

In Westdeutschland hat nach den Statistiken der Militärregierungen die Arbeitslosigkeit nur um 50 Prozent zugenommen. Allerdings war im Herbst 1947 die Zahl der Arbeitslosen in den Westzonen Deutschlands größer als in einem beliebigen anderen europäischen Land außer Italien, sie beträgt jetzt 750 000.

Im ganzen kann man schätzen, daß in den marshallisierten Ländern Westeuropas heute rund 25 Millionen Arbeitslose einschließlich ihrer Familienmitglieder die Segnungen der Freiheit von der Arbeit genießen. Außerdem sind 200 Millionen Menschen in den Genuß zunehmender

Freiheit von der Kaufkraft gekommen, weil ihre Reallöhne abgesackt sind.

Aber hiermit sind die „Leistungen“ des Marshallplans noch lange nicht erschöpft. Bekanntlich hatte vor mehr als hundert Jahren ein Präsident der Royal Society, der namhaftesten wissenschaftlichen Gesellschaft Englands, sich dagegen gewandt, daß den Arbeitern zu viele und zu lange Ruhepausen bei der Arbeit gewährt würden. Er meinte, solche Ruhepausen brächten die Arbeiter auf „dumme Gedanken“. So nannte man damals das, was die Kapitalisten späterhin „gefährliche Gedanken“ zu nennen pflegten.

Der Marshallplan versucht diese Theorie auf die westeuropäischen Arbeiter anzuwenden. In allen Ländern Westeuropas hat im letzten Jahr die Arbeitshetze zugenommen. Man verlangt vom Arbeiter größere Arbeitsintensität. Das bedeutet, daß der Arbeiter am Ende des Tages weit erschöpfter ist als je zuvor. Er hat weniger Mußzeit für die Wiederherstellung seiner Kräfte und für die Befriedigung seiner Kulturbedürfnisse. Wir erinnern daran, daß die Steigerung der Arbeitsintensität unter dem Kapitalismus mit dem Sinken der Reallöhne verbunden ist.

Lenin schrieb 1913 den Aufsatz „Ein ‚wissenschaftliches‘ Antreibersystem“; er analysierte darin die amerikanischen Methoden der Steigerung der Arbeitshetze — „die neuesten Formen der Ausbeutung des Arbeiters“, die von der europäischen Bourgeoisie aus Amerika übernommen werden. Heute wenden die Kapitalisten aller Länder solche Methoden an. Aber nach Meinung der überseeischen Geschäftsmacher können die westeuropäischen Kapitalisten die amerikanischen Methoden nicht so gut anwenden wie die Amerikaner selbst. Der Marshallplan sieht auch hier eine bestimmte Abhilfe vor. So ist in England auf amerikanisches Verlangen ein englisch-amerikanisches Komitee zur Hebung der Produktivität (Joint Anglo-American Productivity Council) gegründet worden. In Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg, wo die Marshallplanbeamten die Rolle von Wirtschaftsdiktatoren spielen, bestimmen sie nicht nur Tempo und Art der Kapitalanlagen, sondern forcieren auch überall die Einführung amerikanischer Methoden der Arbeitshetze und lehren nach allen Regeln amerikanischer Theorie und Praxis, wie der Arbeiter anzutreiben sei.

Mit genialer Voraussicht erriet Lenin die zunehmende Rolle, die die Arbeitshetze bei der verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse spielen würde. Er wies mit vollem Recht auf die USA als Ausgangspunkt der Zeitnehmermethoden nach dem Taylorsystem hin, die das Monopolkapital

der europäischen Länder zu übernehmen trachte. Heute aber sind wir Zeugen nicht mehr einer bloßen Nachahmung Amerikas, sondern der Einführung immer raffinierterer Antreibermethoden unter amerikanischem Druck, unter amerikanischer Aufsicht!

Vor 15 Jahren wurde in den USA eine amtliche Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Automobilindustrie durchgeführt. Damals wurde festgestellt, daß die großen Automobiltruste nicht nur Zeitnehmer zur systematischen Steigerung der Arbeitshetze einstellten, sondern daß auch besondere Gruppen von Zeitnehmern geschaffen worden seien, die wieder die Zeitnehmer nach Zeitnehmerart zu kontrollieren hatten. Diese Gruppen sollten feststellen, ob der Zeitnehmer den Arbeiter genügend hetzte. Dergestalt wurden die Arbeitshetzer selber „gehetzt“.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dieser Entwicklung beobachten wir heute in den Ländern Westeuropas. *Das Monopolkapital der europäischen Länder wird unter amerikanische Kontrolle gestellt, um eine noch intensivere Ausbeutung der europäischen Arbeiter durchzusetzen.* Betrieben wird all dies unter der Flagge des Marshallplans, unter dem Aushängeschild des Wiederaufbaus Europas und der Bewahrung der abendländischen Kultur!

Die Entwicklungstendenzen der Lage der Arbeiter in den marshallisierten Ländern Westeuropas sind höchst aufschlußreich. Selbst in den amtlichen Statistiken treten die Tatsachen so offen hervor, daß es leicht ist, ihren Sinn zu erkennen. Die Reallöhne sinken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, aber die Arbeitshetze wird systematisch gesteigert. Als Lenin 1912 seinen epochenmachenden Aufsatz über die Verelendung der Arbeiterklasse schrieb, mußte er sich auf die deutsche amtliche Statistik beschränken, um seinen zahlenmäßigen Nachweis auf knappem Raum zu veranschaulichen. Heute kann man überall, wo das amerikanische Monopolkapital direkt oder indirekt herrscht, wo marshallplanmäßig die Lage der Arbeiter in schnellem Tempo verschlechtert wird, aus dem vollen schöpfen, um die Verelendung der Arbeiter statistisch darzustellen. Natürlich verschlechtert sich die Lage der Werktätigen in viel schnellerem Tempo, als die amtlichen Zahlen dies zeigen. Kennzeichnend ist jedoch, daß selbst die amtlichen Angaben die zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse bezeugen.

Der Verfall des Kapitalismus und sein Verwesyungsprozeß sind durch den Marshallplan beschleunigt worden. Die Elendslage der Werktätigen ward derart offenkundig, daß sie durch keinerlei Tricks kapitalistischer Apologeten verhüllt werden kann.

Internationale Umschau

(Notizen)

BETRACHTUNGEN AN DER SILVESTERTAFEL

Der Korrespondent der englischen Zeitung „Financial Times“ analysierte vor kurzem die Speisekarte für die Silvestertafel in einer Reihe von Ländern Westeuropas und fand sie ganz annehmbar.

In diesem Jahr gehe es besser als im vorigen, so stellte er fest, und schnalzte dabei genießerisch mit der Zunge.

Was hat den englischen Journalisten zu derart günstigen Feststellungen veranlaßt? Wie er selbst schreibt, ist doch nur in zwei Ländern — in der Schweiz und in Belgien — die Rationierung völlig aufgehoben worden. Wollte ein Spanier mit seiner Tagesration Zucker Silvester feiern, so könnte er nur 10—11 Gramm auf den Tisch bringen... Der Italiener müßte sich mit 10 Gramm Fett begnügen. Auch der Neujahrsbraten sähe recht mager aus. Weiter schrieb die „Financial Times“, in den skandinavischen Ländern, in Holland und Bizonien seien die Fleischrationen 1948 geringer gewesen als 1947.

Über Großbritannien selbst berichtet das Blatt in schleierhaften Worten, die Fleischrationen seien „unverändert“ geblieben. Klarer wird dieser Gedanke von einem anderen englischen Blatt, der „Daily Mail“, ausgedrückt, die konstatiert, es gebe wenig Länder, wo das Volk sich so schlecht nähre wie in England.

Das wären die Ergebnisse des Vergangenen, wie aber sind die Aussichten für die Zukunft? Sir Henry Tizard, der Vorsitzende der Britischen Assoziation für die Förderung der Wissenschaft (British Association for the Advancement of Science), sprach in einer Versammlung seiner Organisation in Brighton direkt von „drohendem Hunger“ und fügte warnend hinzu:

„Was dieses Land“ (England) „betrifft, so müssen wir unsere Wirtschaft von der Annahme ausgehend planen, daß die Lebensmittel noch viele Jahre sowohl knapp als auch teuer sein werden.“

Aber nicht nur in Westeuropa setzten sich die Menschen an die Silvestertafel! Die Polen begrüßten zur selben Stunde in ihrem Lande die völlige Abschaffung des Markensystems. Industrie- und Handelsminister Hilary Minc erklärte einen Tag vorher in der 50. Sejmsitzung, die Lohnreform sehe eine allgemeine zehnprozentige

Erhöhung des Reallohns vor. Im Jahre 1949 sollen in Polen die Preise weiter stabilisiert werden.

Die Rumänen, die gerade den ersten Jahrestag ihrer Volksrepublik gefeiert hatten, begrüßten ebenfalls mit besonderer Genugtuung die stetige Hebung des Lebensniveaus in ihrem Lande. Schon im Mai v. J. waren hier die Preise für Bedarfsartikel und Lebensmittel (auf 64 Prozent!) gesenkt worden, ferner die Preise für Brennstoff sowie die Kommunalabgaben. Ab 1. Oktober sind Leder- und Schuhwaren, Textilien und Lebensmittel billiger geworden, und zwar Zucker um 20 Prozent, Fleisch um 40 Prozent. In den Gaststätten Rumäniens wurden die Preise im vergangenen Jahr um 30 Prozent gesenkt, und auch die Lebensmittel auf den Märkten haben sich bedeutend verbilligt.

Die Tschechoslowakei, die ihren Zweijahrplan mit Erfolg erfüllt und die Industrieproduktion gegenüber 1937 um 10 Prozent gesteigert hat, ferner Bulgarien, Ungarn und Albanien verabschiedeten das alte und begrüßten das neue Jahr im Zeichen unentwegten Vorrückens auf dem Wege zu Überfluß und Gedeihen.

In der Sowjetunion sind die Versorgungsbeschränkungen längst vergessen, die Marken wurden schon 1947 abgeschafft. Eine gewaltige Preissenkung und Erhöhung des Reallohns sind die treuen Weggefährten des Stalinschen Nachkriegsfünfjahrplans. Die Sowjetmenschen begrüßten das neue Jahr als ein Jahr des Wohlstands, des Überflusses, des Fortschritts an allen Lebensabschnitten.

...Wie wir sehen, bietet jede Silvestertafel ein anderes Bild. Sind die erzielten Ergebnisse verschieden, so sind es auch die Zukunftsaussichten!

EINE MISSGLÜCKTE OFFENSIVE GENERAL JUNG

Der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, General Helge Jung, brachte in der amerikanischen Zeitschrift „United Nations World“ einen Artikel, in dem er schwedisches Territorium als Aufmarschgebiet für eine Aggression anbietet. Jung wiederholt die dümmsten aller Verleumdungen, die Sowjetunion bedrohe Schweden in allernächster Zeit mit einem Überfall, und ruft unter diesem Vorwand amerikanische Streitkräfte

nach Schweden. Er schreibt, Schweden brauche Hilfe aus dem Ausland; damit diese Hilfe aber wirksam sei, müsse sie gleich kommen, solange noch die Möglichkeit bestehe, den zu Hilfe kommenden Kräften entsprechende Stützpunkte zur Verfügung zu stellen, von denen aus der Gegner angegriffen werden könnte.

Eine derart offene Aufforderung zum Krieg aus dem Munde eines Mannes, der einen hohen offiziellen Posten bekleidet, rief in Schweden Bestürzung hervor, was der Generalstab offenbar nicht erwartet hatte. Der auf Gefechte brennende General mußte schleunigst zum Rückzug blasen. Jung veröffentlichte ein Dementi, worin er erklärte, er habe einen solchen Artikel für die „United Nations World“ überhaupt nicht geschrieben und den Korrespondenten dieser Zeitschrift nie zu Gesicht bekommen.

Charles Burns, der außenpolitische Redakteur der „United Nations World“, überführte den schwedischen Oberbefehlshaber jedoch der Lüge. Er erklärte, Ladislav Farago, ein Korrespondent seiner Zeitschrift, habe mit Jung und seinen Gehilfen zwei Aussprachen über den Artikel gehabt, und die Redaktion besitze ein Schreiben von der Presseabteilung des schwedischen Generalstabs, das dem Originalmanuskript des Artikels beigegeben habe. Das Schreiben sei schwedisch abgefaßt und von Jungs Adjutanten unterzeichnet.

Ungeachtet dessen, in welcher Weise Jungs Artikel im schwedischen Generalstab vorbereitet wurde, ist eins klar: dieser Stab befaßt sich mit Propaganda für einen Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion. Bekanntlich werden von dem Stab an die Redaktionen reaktionärer Blätter in bestimmtem Sinne beeinflusste Artikel versandt, die dem Leser den Gedanken nahelegen, man könne mit beträchtlichem Vorteil und noch dazu völlig straflos schwedische Flugplätze und Häfen an die USA-Militaristen verkaufen.

Die proamerikanische Zeitung „Dagens Nyheter“ bringt derartige Ergüsse des Generalstabs mit größter Bereitwilligkeit zum Abdruck. Sie verbreitet auch die angebliche Ansicht politischer und militärischer Sachverständiger, auf schwedischem Territorium könne man vorgeschobene Stützpunkte für plötzliche Bombenüberfälle benutzen, durch die der Gegner überrascht werden solle. Die Tintenstrategen erblicken diesen „Gegner“ in der friedlichen Bevölkerung von Magnitogorsk, Tscheljabinsk und anderen „Industriezentren im Ural“.

Während die Öffentlichkeit Schwedens verlangt, ihr Land solle militärischen Blocks fernbleiben und seine traditionelle Neutralitätspolitik betreiben, rüsten die Militaristen dazu, Schweden zu

einem Aufmarschgebiet für eine USA-Expansion zu machen und somit das schwedische Volk in gefährliche und sinnlose Abenteuer hineinzuzerren.

INDONESIEN IN FLAMMEN

Nachdem die mit modernsten amerikanischen Waffen, Panzern und Flugzeugen ausgerüsteten holländischen Truppen einen großen Teil der Städte der Indonesischen Republik besetzt hatten, beschloß der holländische Ministerpräsident Willem Drees, im Triumph in Djokjakarta einzuziehen.

Bei seiner Abreise aus Holland erklärte Drees, der Zweck seiner Reise sei Bildung einer „wirklich repräsentativen indonesischen Regierung“, sowie die Durchführung „freier Wahlen“. Die Haager Presse schreibt, der Ministerpräsident wolle die Indonesier von dem „guten Willen“ der holländischen Imperialisten überzeugen.

Jetzt, da die Interventen dem indonesischen Volk das Bajonett auf die Brust gesetzt haben, da holländische Strafexpeditionen Massenmorde unter der friedlichen Bevölkerung anrichten und indonesische Dörfer einäschern, spricht Drees weitschweifig über die „Souveränität“ und die „Freiheit“ Indonesiens.

Vielleicht wird es ihm gelingen, ein paar Quislinge anzuwerben, die bereit wären, den Kolonisatoren bei der Versklavung des indonesischen Volkes zu dienen. Aber der holländische Ministerpräsident betritt Boden, der den Okkupanten unter den Füßen brennt.

Trotz des Siegesgeschreis der Eindringlinge kontrollieren die Republikaner nach wie vor bedeutende Gebiete im Raum von Surakarta, Magelang, Surabaja und Semarang. Die republikanische Armee kämpft in der Nähe der Städte Ponorogo, Wonogiri, Sukabuni, im Bezirk Bantam, in Ostjava. Partisanenverbände zerstören Straßen, Brücken, Bahnstrecken, sie überfallen Truppen der Interventen. Wie Reuter aus Batavia meldet, haben sich die republikanischen Truppen in kleine Abteilungen zu je 50 Mann und noch weniger geteilt, um besser manövrieren und den Okkupanten rasche Schläge beibringen zu können. Der Befreiungskrieg in Indonesien geht weiter.

Die Völker haben den triumphalen Einzug der Nazibonzen in die Hauptstädte der Länder, die die faschistischen Horden besetzt hatten, noch nicht vergessen. Unvergessen sind auch die Volksabstimmungen, die die Okkupanten auf zeitweilig von ihnen besetzten Territorien inszenierten. Zugleich aber erinnert sich die Welt auch an das ruhmlose Ende der Aggressoren. Es würde dem

holländischen Ministerpräsidenten nichts schaden, wenn er sich bei seinem Einzug in Djokjakarta die Lehren der jüngsten Vergangenheit zu Herzen nähme.

VERDÄCHTIGE RECHENKÜNSTE

In den ersten Tagen des neuen Jahrs beschloßen die englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden, die Stimmung der Bewohner Bizoniens zu heben. Zu diesem Zweck schrieb die Presse, die Wirtschaft der Westzonen sei im Aufstieg begriffen. Das vereinigte englisch-amerikanische Kontrollamt übergab der Presse eine offizielle Meldung, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Industrieproduktion in Bizonien die des Vorjahres um 50 Prozent übersteigt und 75 Prozent ihres Standes von 1936 erreicht habe. Lange Zahlenreihen erschienen, die das „Aufblühen“ einzelner westdeutscher Industriezweige beweisen sollten.

In der Eile hatten die Drahtzieher dieser Kampagne aber nicht dafür gesorgt, daß ihre Angaben auch nur einen gewissen Grad von Wahrscheinlichkeit aufweisen. Vor einem Jahr hatten die Herrschaften aus der englisch-amerikanischen Zweizonenverwaltung ebenso feierlich versichert, in den letzten Monaten des Jahres 1947 habe die Produktion Bizoniens den Stand von 1936 bereits zu 40—44 Prozent erreicht. Dies behaupteten exponierte Personen wie Oberst Wilkinson, der Leiter der OMGUS-Wirtschaftsabteilung u. a. Wenn man also selbst die 50prozentige Produktionssteigerung im Jahre 1948 als richtig annimmt, so hätte die heutige Produktion in Bizonien nur 60—66, keineswegs aber 75 Prozent der Produktion von 1936 erreicht!

Aber auch die 50prozentige Steigerung der Industrieproduktion ist nur eine Erfindung der englisch-amerikanischen Beamten in Bizonien. Es dürfte schwerfallen, sie der Unkenntnis der vier Grundrechnungsarten zu verdächtigen. Dafür aber hat man allen Anlaß, bewußte Fälschung von Ziffern und Tatsachen anzunehmen. Diese Fälschung soll ihren Wünschen gemäß die wirkliche Wirtschaftslage in Bizonien verschleiern.

Welche Prozentsätze die englisch-amerikanischen Statistiker auch immer in ihre Berichte einsetzen, die Tatsachen können sie nicht ungeschehen machen, und die besagen, daß die Industrie Westdeutschlands auf einem toten Punkt angelangt ist. Dreiviertel Millionen Arbeitslose füllen die Arbeitsämter. Wieder wird das westdeutsche Finanzsystem durch eine Inflation untergraben. Ein langsamer und unbedeutender Anstieg der Produktion ist nur in denjenigen Industriezweigen zu beobachten, an denen die Besatzungs-

mächte interessiert sind. Gleichzeitig aber produziert die Friedensindustrie — die Leder-, Textil-, Uhren- und Fahrradindustrie — fast überhaupt nichts, und die Preise für wichtigste Bedarfsartikel steigen mit jedem Tag.

Von dem wirtschaftlichen Fiasko in Bizonien sind sogar so treue Diener der englisch-amerikanischen Behörden wie die Schumacherleute zu sprechen gezwungen. Herbert Kriedemann, Mitglied des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei, schrieb vor kurzem im „Sozialdemokratischen Pressedienst“, wer die Wirtschaft nicht nach Zahlen, sondern danach beurteile, wie die Bedürfnisse der werktätigen Massen befriedigt werden, dem habe die letzte Zeit eine Enttäuschung gebracht. Der arbeitende Mensch wage es gar nicht, an den morgigen Tag zu denken.

Diese vielsagende Charakteristik wirft die zu Neujahr angestellten statistischen Berechnungen der englisch-amerikanischen Behörden über den Haufen.

MR. MAYHEW

BEI DEN „SOLDATEN DER ZUKUNFT“

Bevins Stellvertreter, Mr. Christopher Mayhew, entschloß sich, auch sein Scherflein zur Erziehung der englischen Jugend beizutragen.

Am 30. Dezember v. J. hielt er in der Central Hall, Westminster (ein Stadtteil Londons), vor mehreren tausend Schulkindern einen Vortrag über die UNO. Der Vortragende wollte den Kindern die Lügen eintrichtern, mit denen der englisch-amerikanische Block seine Politik verhüllt, die auf Untergrabung der Weltsicherheit hinausläuft. Mayhew wurde ausfällig gegen die Sowjetdelegierten, die die UNO angeblich bei ihrer Arbeit behindern, und beschuldigte die Sowjetunion, sie schaffe „gespannte internationale Beziehungen“. Er nannte die Kinder „Soldaten der Zukunft“ (tomorrow's soldiers) und suchte ihnen den Gedanken an die Unausbleiblichkeit eines Kriegs einzuhämmern.

Mr. Mayhew aber harpte eine äußerst unangenehme Blamage. Mit unverhüllter Skepsis sahen die „Soldaten der Zukunft“ seinen Versuchen zu, die Sache so hinzustellen, als strebe die Labourregierung nach Frieden. Der Mittelschüler Henry Sedler aus Finsbury sagte, wie der Korrespondent der „Press Association“ berichtet, kurz und bündig:

„Sie haben durch Ihren Vortrag gezeigt, daß Sie gegen die Sowjetunion sind!“

Ein anderer Schüler, Frank Pickard, fragte den Vortragenden mit beißender Ironie, ob er auch die südamerikanischen Diktaturen und die Süd-

afrikanische Union zu den demokratischen Staaten zähle.

Mayhew mußte sein ganzes Rednertalent anbieten, um die unangenehme Frage abzutun.

„Wenn ich sage, ein Land sei demokratisch, so meine ich ausdrücklich, daß es kein kommunistisches Land ist.“

Diese nebelhafte Erklärung hatte bei den in raffinierten parlamentarischen Winkelzügen nicht gewiegten Zuhörern keinen Erfolg. Die Schulkinder reagierten darauf mit kindlicher Unmittelbarkeit, sie riefen „Blödsinn!“ und piffen den Redner aus.

Und so ist es denn Mayhew nicht gelungen, die „Soldaten der Zukunft“ dazu zu bringen, für die Labourpolitik der Vorbereitung eines neuen Krieges und der Entfaltung internationaler Konflikte Sympathie zu empfinden.

GUDERIAN ALS VERTEIDIGER FRANKREICHS

In Westdeutschland gibt es gegenwärtig wohl nur zwei Leute, die eigensinnig das Wiederaufleben des deutschen Militarismus leugnen. Der eine ist General Clay, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, der andere sein englischer Kollege Robertson. Was die westdeutsche Presse betrifft, so hat sie längst aufgehört, ein Geheimnis hieraus zu machen. Die Blätter meinen, die Sonne bringe doch alles an den Tag, und raten ihren englisch-amerikanischen Brogebern, übertriebene Zimperlichkeit beiseite zu lassen. Die Mainzer „Allgemeine Zeitung“ schrieb, es sei durchaus wahrscheinlich, daß den angelsächsischen Mächten diese Mitteilungen unangenehm sind, sie würden möglicherweise sagen, man dürfe den Russen kein solches Material für ihre Propaganda liefern. Aber die Russen würden früher oder später sowieso erfahren, daß auf deutschen Schießplätzen der englisch-amerikanischen Besatzungszone große Truppenverbände ausgebildet werden. Ob diese Tatsachen ein

Vierteljahr früher oder später bekanntgegeben würden, sei völlig gleichgültig.

Die Wiederherstellung des Potentials der westdeutschen Rüstungsindustrie, die Formierung immer neuer Truppenverbände unter verschiedener Marke ruft selbstverständlich bei den Belgiern, Holländern, Franzosen und anderen Nachbarvölkern berechnete Unruhe hervor. Um diese Unruhe zu beschwichtigen, greifen die westdeutschen Machthaber nach Wall-Street-Diktat zu allen möglichen Manövern. Vor kurzem schickten sie den ehemaligen Nazigeneral Guderian als Fürsprecher der „christlichen Zivilisation des Westens“ vor.

Dieser Henkergeneral, einer der Hauptkriegsverbrecher, wurde im Juli v. J. von den amerikanischen Besatzungsbehörden nicht nur rehabilitiert, sondern bekam außerdem noch das lohrende Pöstchen des Leiters einer deutschen Filiale des amerikanischen Spionagedienstes in Europa. Guderian machte durch den Mund des Korrespondenten der France Presse den Vorschlag, zwischen Frankreich und Deutschland solle ein Militärbündnis abgeschlossen werden.

„Man muß das Vergangene ruhen lassen, wenn man Europa schützen will“, verkündete dieser Hitlerhenker, dessen Panzer noch vor kurzem Franzosen auf den Landstraßen der Normandie zermalmen.

Also von jetzt ab wird Guderian die Franzosen „beschützen“. Sollten diese jedoch an den guten Absichten des Nazigenerals zweifeln, so sollen sie nur hören, was André François-Poncet, der neue Ratgeber des Oberbefehlshabers der französischen Truppen in Deutschland, hierüber zu sagen weiß. Dieser Anhänger der Münchenpolitik versichert überall im Chor mit Guderian, die deutsche Gefahr bestehe nicht mehr.

Guderians Interview zeugt nicht nur von grober politischer Schädlingarbeit dieses amerikanischen Spions. Es zeugt auch davon, wie weit die heutigen Machthaber Frankreichs gegangen sind. Der Henker Guderian in der Rolle eines Verteidigers von Frankreich bietet wahrlich einen ekelregenden Anblick.

Von Jenngan nach Harbin

(Reisenotizen)

A. STROGANOW

1. Schanpeh

Schanpeh ist der nördliche Teil der Provinz Schensi mit der Stadt Jenngan. Für den Chinesen ist das Wort Schanpeh jedoch nicht nur ein geographischer Begriff. Es war im Laufe vieler Jahre das Hirn und Herz der Volksbefreiungsbewegung. Hier war die wichtigste Zentrale des Widerstands gegen die japanischen Eindringlinge, hier strömten die demokratischen Kräfte aus dem ganzen Lande zusammen, auf Schanpeh waren die Gedanken aller chinesischen Patrioten gerichtet. Von hier aus verbreitete sich über ganz China ein Volkslied über Maotsetzung, der in China „Maotschusi“ (Vorsitzender Mao) genannt wird. Es ist ein Lied davon, „wie Maotschusi die Armen vorwärtsführt, damit sie alle zu freien Menschen werden“.

In Schanpeh hat das Volk unter Führung der Kommunisten noch mitten im Kriege gegen die Japaner begonnen, das große Prinzip des „Kengtsche-ju-ti-tien“ (Der Boden gehört denen, die ihn bearbeiten) in die Tat umzusetzen. Hier entstanden für China neue Beziehungen zwischen den Menschen — gemeinsame Arbeit, Wettbewerb, Genossenschaft, Stoßarbeit, Beseitigung der feudalen Überreste in der Wirtschaft, in der Politik und im Bewußtsein der Menschen.

Im Jahre 1948 hatte das Grenzgebiet Schansi-Suijüen eine Mißernte. Man kann sich leicht vorstellen, was aus der Bevölkerung dieses Gebiets geworden wäre, wenn es reaktionären Machthabern unterstanden hätte. Nach Beispielen braucht man nicht weit zu suchen. Vor ein paar Jahren starben infolge einer Dürre Millionen Menschen in Honan den Hungertod; Städte und Dörfer wurden entvölkert, Riesenmengen hungriger Bettler versperrten alle Landstraßen.

Zum Glück verfügten nicht mehr die Reaktionsäre über das Geschick der Bewohner von Schansi-Suijüen. Die demokratischen Machtorgane vermochten es, die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und wichtigen Bedarfsgegenständen sicherzustellen. Auf den Ruf der Führer der Volksbefreiungsbewegung entsandten die Werktätigen Schantungs, Hopes und der Mandschurei Transportzüge mit Getreide und anderen Lebensmitteln zur Unterstützung der

Bewohner des betroffenen Gebiets. In der Geschichte Chinas steht diese Tatsache einzig da. „Wir wissen“, schrieben Bauern aus Schantung in ihren Briefen, „daß unsere Hilfe denen zuteil wird, die ihrer bedürfen, nicht aber denen, die an den Leiden des Volkes fett werden.“

Im vorigen Jahr kamen in die Bezirke der Huangho-Niederung, in denen das Volk seit Jahrzehnten unter der Unbeständigkeit des tückischen Stroms gelitten hatte, Hunderttausende von Bewohnern der befreiten Bezirke von Schantung, um die Dämme instand zu setzen. Im Kugelregen, den Kuomintangkennzeichen tragende amerikanische Flugzeuge auf sie niedergehen ließen, wiesen sie das stürmische Element in seine Bahn, bauten neue Dämme und Kanäle. Nie zuvor hatte China einen solchen Schaffensenthusiasmus und eine derartige Organisiertheit der Massen, eine so wahrhaft kollektive Aufbauarbeit wie diese gesehen; Millionen Menschen beteiligten sich daran. In Kuomintangchina wurden in dem Zeitraum von 1929 bis 1935 Berieselungs-, Damm- und Kanalbauarbeiten auf einer Fläche von 295 400 Quadratmetern durchgeführt. Das sind nur 11,7 Prozent dessen, was das befreite Volk innerhalb von fünf Monaten des vorigen Jahres geleistet hat; 60 000 Hektar fruchtbarsten Bodens, der zwei Ernten im Jahr hervorbringt, wurden gerettet.

Im vorigen Sommer trat zur Zeit der sich entfaltenden Offensive der Volksbefreiungsarmeen in Nordchina ein Ereignis von großer Bedeutung ein. Zwei ausgedehnte befreite Gebiete vereinigten sich nach restloser Befreiung von den reaktionären Truppen zu einem einzigen. In vier Provinzen wurde die demokratische Koalitionsregierung Nordchinas gebildet.

Tungpiwu, der zum Vorsitzenden dieser Regierung gewählt wurde, sagte am 7. August v. J. auf einem Kongreß der Volksvertreter Nordchinas:

„Unser Kongreß ist ein Kongreß von Vertretern der neuen Macht in den befreiten Gebieten, einer revolutionären, volkseigenen Macht, einer Macht der neuen Demokratie. Ihrem Charakter nach steht sie der Volksdemokratie nahe, die in den Ländern Osteuropas — in Polen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien, Ungarn und

Albanien — besteht... Die Einberufung dieses Kongresses der Volksvertreter war durch zwei Voraussetzungen gesichert. Vor allem haben wir in den befreiten Gebieten Nordchinas die Agrarfrage in der Hauptsache gelöst. Menschen, die früher sehr wenig oder gar keinen Boden besaßen, haben gleiche Bodenanteile für jedes Familienmitglied erhalten. Die Klasse der Gutsbesitzer, die Monopolrechte auf den Boden besaß, besteht nicht mehr, die Feudalunterdrückung ist beseitigt, die Produktionsbeziehungen haben sich geändert. Auch äußerlich ist das Dorf ein anderes geworden. Die Bauern haben eine Grundlage für die Neugestaltung ihres Lebens erhalten. Ohne diese Voraussetzung hätten wir selbstverständlich nicht daran denken können, einen solchen Kongreß von Volksvertretern einzuberufen.

Die zweite Voraussetzung sind die Siege unserer Armee im Volksbefreiungskrieg. Die Kräfteverteilung in Nordchina hat sich in zwei Jahren kraß geändert. Vor ganz kurzer Zeit noch waren die befreiten Gebiete voneinander isoliert, durch Truppenteile des Gegners auseinandergerissen. Nachdem aber unsere Armee der Tschengting-Taijüen-Eisenbahn Herr geworden war, nachdem sie Tschekiatschuang befreit und eine Reihe anderer Städte eingenommen hatte, hat sich ein ausgedehntes Territorium zusammengeschlossen. Die Truppen Lubotschens, Tenghsiaopings, Tschengkengs, Tschenjais und Sujus begannen 1947 eine Offensive in südlicher Richtung und verlegten den Krieg in die Kuomintangbezirke, wobei sie ihre Offensive auf den weiten Ebenen Zentralchinas entfalteten. . .“

2. Gestern und heute

Neujahr ist in China ein Ereignis von großer Bedeutung. Zu Neujahr wünschen die Menschen einander Glück, Erfolg und Freude. Dem Gutsbesitzer, dem Kaufmann und Wucherer wünscht man neuen Gewinn, „fatsa“. . . Vor Neujahr muß jeder Geschäftsmann seine Schulden bezahlen, sei er auch in einer noch so katastrophalen Lage, und sollte er sich selbst verkaufen müssen. Nichtzahlung würde bedeuten, daß er im neuen Jahr kein Vertrauen genießen, daß ihm niemand Kredit geben wird.

Jedes Jahr sieht der arme Mann mit Schrecken dem Monat La, dem letzten Monat des Monatsjahrs, entgegen. In diesem Monat holen die Leute, die über das Geschick der Armen verfügen, ihre Schuldbücher hervor und rechnen alles zusammen, was diese während des ganzen Jahres schuldig geblieben sind, was sie auf Kredit gekauft oder geborgt haben. Ziffern werden abgerundet,

Zinsen wachsen an. . . Das nannte man „Suantschang“, Aufrechnung der Schuldbücher.

So war es Jahrhunderte gewesen, und man meinte, der Himmel wolle es so. Aber mit dem Eintritt neuer, demokratischer Verhältnisse begann der arme Mann sich Gedanken zu machen. Die Kommunisten klärten ihn darüber auf, daß der Gutsbesitzer den „Suantschang“ nicht richtig handhabt. Arbeitet man und liefert man ihm die Früchte seiner Arbeit ab, dann schuldet man ihm nichts, sondern hat im Gegenteil etwas von ihm zu bekommen. Die Schulden müßten geprüft, die Konten neu aufgerechnet werden. Durch die Dörfer klang es wie Alarmruf: „Tschingsuan!“, „Wir rechnen ab!“ Der arme Mann fühlte sich stark; also gab es dennoch eine Macht, die für ihn eintrat, also gab es auf Erden Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit des schaffenden Menschen!

„Mein Familienname ist Liu“, erzählte ein alter Bauer. „Das Dorf, in dem mein Vater und Großvater lebten, in dem auch ich geboren bin und bis heute wohne, heißt Liutschianschuangtsu. Daher auch mein Familienname. Bei uns heißen alle Liu. Der erste Mann im Dorf war früher Liu, der Reiche. Das ganze Dorf war bei ihm bis über die Ohren verschuldet. Dabei galt er noch als ein ‚Wohltäter‘. Alle schwiegen — sie fürchteten, er würde ihnen sonst, was der Himmel verhüten möge, den Kredit verweigern. . . Jetzt ist wieder ein Liu der erste Mann im Dorf, aber ein anderer, der Vorsitzende des Armenkomitees. Das Gesetz sagt: ‚Die Komitees der ärmsten Bauern sind die gesetzmäßigen Vollzieher der Bodenreform im Dorf.‘ Somit ist Liu die Behörde und hat die Macht. . .“

Im Sommer v. J. führte das Künstlertheater, das den Namen Luhsins (eines demokratischen Schriftstellers, der 1936 starb) trägt, dem Publikum in den befreiten Gebieten sein neues Stück, das Melodrama „Huo“ (Das Feuer) vor. Der Verfasser ist der junge Dramatiker Huling, der Komponist ist Liutschih. Das Stück fand wegen der wahrheitsgetreuen Darstellung des Klassenkampfes im mandschurischen Dorf zur Zeit der Bodenreform große Anerkennung.

In chinesischen Zeitungen und Zeitschriften kann man Zuschriften aus dem Publikum lesen, die schildern, welche Gedanken und Gefühle das Stück in ihm wachgerufen hat.

„Ich fühlte mich wieder vom Rauch der Brände umwallt, die noch vor kurzem im Dorfe gelodert hatten“, schreibt ein gewisser Tschingming. „Jetzt ist das schon eine Sache der Vergangenheit. Höchstens in einem Buch oder auf der Bühne hat man noch Gelegenheit, das Leben zu sehen, von dem wir uns mit so viel Mühe freigemacht

haben. Erst ein paar Jährchen sind vergangen, aber in dieser Zeit haben wir uns der Japaner entledigt, haben mit den einheimischen Verrätern abgerechnet und die Sklaverei mit der Wurzel ausgerissen.“

* * *

Auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln schlagen sich Menschen aus den Kuomintanggebieten nach Schanpeh durch. Die einen wollen der Volksbefreiungsarmee beitreten, andere wollen ihr Wissen und Können dem Volk in den befreiten Gebieten zur Verfügung stellen, denn hier gibt es einen weiten Tätigkeitsbereich, ein weites Feld für schöpferische Initiative. Wer sie auch seien, ihnen allen sind die Interessen der Heimat, deren Einheit, Freiheit und Gedeihen teuer.

Im Frühjahr 1948 reiste Tschusuefan, ein bekannter Gewerkschafter, in die befreiten Gebiete der Mandschurei. Er war erst kurz vorher von „dort“ gekommen, daher betrachtete er alles mit verwunderten Augen und verglich es unwillkürlich mit den Dingen, die er soeben noch in Schanghai, Nanking, Tientsin und Hantschou gesehen hatte. Er unternahm weite Reisen durch die Dörfer und die Arbeiterzentren der Ostmandschurei. Was er dort sah, schildert er folgendermaßen:

„Zehn Tage brachte ich im Amtsbezirk Liutschiahsien, Gebiet Schuanho (Bezirk Suihua) zu. Ich sah mit eigenen Augen ein neues oder, besser gesagt, ein erneuertes Dorf, wo alle Bauern den gebeugten Rücken aufgerichtet hatten. Jeder Bauer besitzt Vieh, Geflügel, Schweine; alle haben Boden und eine eigene Heimstätte. Überall herrscht die neue Macht, die Komitees, die aus gewählten Vertretern der Landarbeiter sowie der Arm- und Mittelbauern bestehen. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees im Gebiet Schuanho ist ebenfalls ein Bauer. Ich unterhielt mich mit Wangjuting, dem Vorsitzenden des Bauernverbandes des Amtsbezirks. Das Gespräch drehte sich um die Schwierigkeiten in der Arbeit. Überall muß man anwesend sein, überallhin muß man zurechtkommen, man hat aber nur zwei Beine. Er denkt jedoch nicht daran, sich zu beklagen. Im Gegenteil, er genießt das, wie man bei uns sagt, 'zu 120 Prozent'. 'Einen Gutsbesitzer gibt es jetzt nicht', so sagt er, 'es ist niemand da, der uns ausbeuten könnte. Folglich arbeiten wir für uns selbst, und folglich lohnt es sich zu mühen.'“

Die Schwierigkeiten sind natürlich zahlreich. Die größte ist wohl der Mangel an landwirtschaftlichen Geräten und Zugvieh. In einer demokratischen Zeitung sahen wir folgende Ziffern. Unter der Japanerherrschaft besaßen

die Gutsbesitzer und Großbauern in der Mandschurei, die 10 Prozent der Bevölkerung ausmachten, 80 Prozent des gesamten Ackerlands. Die überwiegende Mehrheit der Dorfbevölkerung hatte keinen Boden. Im Frühjahr 1948 wurde hier die Bodenreform zu Ende geführt. Die Angaben aus vier Provinzen von neun (Sungkiang, Heilungkiang, Nungkiang und Hokiang) zeigen, daß über fünf Millionen landlose und landarme Bauern etwa 60 Millionen Mu Boden (1 Mu=0,06 Hektar) sowie mehr als 408 000 Stück Vieh erhalten haben. Die Anbauflächen erweiterten sich sofort, da riesige Flächen Brachland, die früher japanischen Kolonisten und chinesischen Gutsbesitzern gehört hatten, der arbeitenden Bauernschaft übergeben wurden.

Im Frühjahr 1948 wurden in acht befreiten Provinzen der Mandschurei 11 360 000 Schang Ackerland (1 Schang ist etwas weniger als 1 Hektar) bestellt und 600 000 Schang Neuland urbar gemacht.

Wer mit eigenen Augen in Kuomintangchina den wirtschaftlichen Ruin und die Mengen ständig hungernder Menschen gesehen hat, der staunt in den befreiten Gebieten über die eifrige Arbeit an der Wiederherstellung der Industrie, die von den Japanern vor der Kapitulation zerstört wurde. Tschangkingtschu, der Bürgermeister der Stadt Mutankiang, forderte Tschusuefan auf, ein großes Werk der Stadt zu besichtigen. Er erzählte, 1946 sei ein gewichtiger Amerikaner dorthingekommen, sei lange durch die zerstörten Werkhallen spaziert und habe auf die Frage, ob es möglich sei, dieses Werk wiederherzustellen, verneinend den Kopf geschüttelt und gesagt, es hätte keinen Zweck, sich damit abzugeben, es würde leichter sein, ein neues Werk zu bauen. Man versammelte die Arbeiter und gab ihnen die Ansicht des amerikanischen Fachmanns bekannt. Die Arbeiter aber lachten nur. „Glauben Sie mir, nach drei Monaten hatten wir mit eigenen Händen die Fabrik wieder voll betriebsfähig gemacht und eröffnet!“

Tschusuefan interessierte sich besonders für die Lage in den Gruben; ist doch für die Entwicklung der Industrie das Brennstoffproblem von gewaltiger Bedeutung. Er besuchte den ersten und den zweiten Kohlenbezirk. Im ersten fördern die Arbeiter um 40 Prozent mehr Kohle als unter der Japanerherrschaft. Dabei waren die Gruben von den Okkupanten gründlich zerstört worden. Von der Reparaturwerkstatt z. B. war kein Stein auf dem anderen geblieben. Die Arbeiter bauten mit eigenen Kräften eine neue Werkstatt auf und montierten die Werkbänke. Fehlten Bestandteile, so suchte man sie im Alteisen, nahm

sie von untauglichen Werkbänken ab, fand Ersatz oder stellte sie selbst her! Jetzt wird die gesamte Grubenausrüstung mit eigenen Werkbänken repariert, und es werden sogar Grubenlampen für andere Bergwerke hergestellt. . .

Tschusuefan war verblüfft, als er erfuhr, daß neun Zehntel aller Techniker der Grube frühere Arbeiter sind. Aber noch mehr wunderte er sich über die Atmosphäre, in der die Bergarbeiter schaffen, und über ihre Einstellung zur Arbeit.

„Ich kenne die Lage in den Gruben der Kuomintangbezirke“, sagte Tschusuefan. „Dort gibt es in jeder Grube mehr Gendarmen als Arbeiter. Jeder wird bespitzelt. Das ist keine Arbeitsstelle, sondern ein Zuchthaus. Hier aber wetteifern die Arbeiter um bessere Planerfüllung, um hohe Produktivität. ‚Ich möchte möglichst viel Kohle fördern‘, sagte mir ein alter Bergmann. ‚Mehr Brennstoff bedeutet schnelleren Sieg, bedeutet, daß jeder um so schneller Essen in seinem Napf haben wird.‘ Es ist daher kein Wunder, daß die Arbeiter sich so aktiv an der Organisation der Produktion in ihren Betrieben, an der Ausarbeitung der Produktionspläne, an der Erörterung der Leistungsnormen und der Höhe des Lohns beteiligen. ‚Das Bergwerk ist unser Heim, die Gewerkschaft unsere Schule‘, so sagen die Arbeiter, und sie haben recht. . .“

3. Kuohua, eine Aktivistin des Frauenverbands

An einem heißen Augusttag fand auf dem rein gefegten, mit bunten Girlanden aus riesigen Papierblumen geschmückten Platz eines Bezirksstädtchens eine große Kundgebung statt. Man feierte den Jahrestag der Befreiung der Mandschurei von den japanischen Okkupanten. Auf einem Lastauto, dessen Karosserie mit Spruchstreifen und Plakaten beklebt war, stand ein Mädchen und hielt eine Ansprache. Sie war in die Bluse und die langen Hosen aus schwarzem Baumwollstoff gekleidet, die man dort trägt, und schwang keine Rede, sondern schien sich zwanglos mit den Menschen zu unterhalten, die sie umdrängten. Bald legte sie ihnen Fragen vor, bald antwortete sie ihnen und flocht von Zeit zu Zeit ein treffendes Sprichwort oder einen Scherz ein.

„Kam da einmal zu dem alten Kiang“ (gemeint ist Tschiangkaischek) „sein amerikanischer Herr, ein General Soundso, und fragte: ‚Wo haben Sie unsere Kanonen gelassen, Herr Präsident?‘ Der aber schweigt. Ein sonderbarer Kauz ist das. Er hätte doch antworten können: ‚Fahren Sie nur

nach Harbin auf die Ausstellung von Beutegeschützen. Da können Sie sie sehen. . .“

Die Menge lacht. . .

Geschickt entlarvt das Mädchen die amerikanische Propaganda, erzählt vom Kriege, den die Reaktionäre dem Volk aufgezwungen haben, spricht von den Erfolgen der Volksbefreiungsarmeen Pengtshuais, Lubotschens, Tschenjais, Linpiaos, Tschengkengs und anderer Volksgenerale, von der Unfähigkeit der Reaktionäre, der wachsenden Kräfte des demokratischen Lagers in der ganzen Welt Herr zu werden. Gierig lauscht die Menge einem jeden ihrer Worte. . .

Bald darauf trafen wir dieses Mädchen in anderer Umgebung wieder. Abends saß sie im Lokal des Frauenverbands im Kreise älterer Kameradinnen. Alle hatten geöffnete Fibeln auf den Knien. Eifrig entzifferten die Frauen die Hieroglyphen und wiederholten im Chor das aufgegebene Pensum. Als die Stunde zu Ende war und die Frauen, ihre Fibeln sorgfältig verwahrend, heimgingen, stellte man uns der Lehrerin vor. Sie wurde rot, weil sie nicht wußte, was sie sagen sollte, dann bot sie uns Tee und die traditionellen „Huascheng“ — Erdnüsse — an, verlegen, weil sie keine andere Bewirtung für uns hatte.

„Sind Sie Lehrerin?“

„Ja und nein. Oder eigentlich doch. Ich habe in Jenngan studiert, und jetzt gebe ich mein Wissen an diejenigen weiter, die es noch nicht haben. Aber sonst arbeite ich im Frauenverband als stellvertretende Leiterin. . .“

Auf unser Bitten erzählt uns Kuohua ihren Lebenslauf.

Der Vater, ein Lehrer, kam bei einem japanischen Bombenüberfall auf Peiping um. Das halbwüchsige Mädchen irrte mit ihrer Mutter durch die hungernde, sonnenversengte und vom Krieg leergebrannte Gegend, bis sie in einem Grenzgebietsdorf Unterkunft fanden. Sie arbeitete in einer Webergenossenschaft, besuchte eine Abend-schule für die Arbeiter- und Bauernjugend und dann ein Lehrerseminar. Hier trat sie der Kommunistischen Partei bei. Sie war in der 8. Armee. Anfang 1946 wurde sie mit einer Gruppe anderer Aktivistinnen in die befreiten Gebiete der Mandschurei geschickt, um dort die demokratische Frauenbewegung zu organisieren. Sie arbeitet mit großem Interesse und wohnt hier, im Hause des Verbands.

Kuohua spricht über die Rechtlosigkeit der Frau in der Bauernfamilie, über die Schwierigkeiten, die die Arbeit bereitet.

„Oft erlaubt die Familie der Frau nicht, der Genossenschaft oder dem Verband beizutreten.

Manchmal hält sich die Bäuerin auch selbst vom öffentlichen Leben fern. Jetzt ist das jedoch schon zu einer Seltenheit geworden. Meist lassen die Männer ihre Frauen nicht zu uns. Oft muß man unter ihnen mehr Agitation treiben als unter den Frauen...“

Im Jahre 1947 beteiligten sich in den befreiten Gebieten von Tschangtung an den Wahlen zu den Gebietsmachtorganen 95 Prozent der Frauen. Im Bezirk Kiuhsien (Provinz Hope) waren mehr als ein Drittel der gewählten Deputierten Frauen. In 23 Bezirken des Gebiets Schansi—Suijüen wurden 1778 Frauen in die örtlichen Machtorgane gewählt. In einer Reihe von Bezirken sind Frauen zu Vorsitzenden der Bezirks-Regierungsorgane gewählt worden: Tschenschunju im Kreise Tanghsien (Gebiet Schansi—Tschahar—

Hope), Luihsiangping im Kreise Kaoping (Gebiet Schansi—Hope—Schantung—Honan), Schao-kinghua im Bezirk Ansai (Nord-Schensi) u. a. Die Leiterin der Volksbildungsabteilung für die befreiten Gebiete der ganzen Mandschurei, Hanjutung, wurde vor kurzem in das oberste Exekutivorgan des Nordostens, in das Politische Verwaltungskomitee für die befreiten Gebiete der Mandschurei, gewählt... Zahlreiche andere Beispiele dieser Art könnten angeführt werden.

...Einen harten Kampf führt die chinesische Demokratie. Schwere Opfer bringt das Volk auf dem Altar seiner Befreiung dar. Desto erhabener aber zeichnen sich die Konturen des neuen Chinas ab, das aus der Flamme des gerechten Befreiungskrieges des chinesischen Volkes emporsteigt.

Der Terror in Griechenland

(Brief aus Athen)

M. SMIRNOW

IN den letzten Wochen des Jahres 1948 nahmen die monarchistisch-faschistischen Henker die Erschießung politischer Häftlinge wieder auf. Zum Zeichen des Protests gegen die Gewalttaten an Patrioten traten auf Aigina 600 zum Tode Verurteilte in den Hungerstreik. Namens mehr als 3000 zum Tode verurteilter Demokraten wandten sie sich an die UNO, die Staatsmänner und Politiker der alliierten Länder und die demokratischen Organisationen mit dem Appell, die Blutorgie in Griechenland zu unterbinden und die griechischen Patrioten den Pranken der drauflos-wütenden Mörder zu entreißen.

Die Athener Söldlinge der amerikanischen Monopole, die die Erschießung vor vier Jahren verurteilten Demokraten wiederaufgenommen haben und die Hinrichtung Manolis Glezos' und zehn im Herbst 1948 zum Tode verurteilter Gewerkschafter vorbereiten, versichern weiterhin heuchlerisch, daß sie Kriminalverbrecher erschießen. Aber das ist eine zynische Lüge. Zu Kriminalverbrechern suchen die faschistischen „Richter“ sämtliche Griechen zu stempeln, die ihre Heimat

als ein freies und unabhängiges demokratisches Land sehen wollen.

Der 33tägige Krieg zwischen den britischen Truppen und der Volksbefreiungsarmee ELAS im Dezember 1944 und im Januar 1945 endete bekanntlich mit dem sogenannten Varkiza-Abkommen, das allen Teilnehmern der Dezemberkämpfe Amnestie verhiess. Einem Punkt dieses Abkommens zufolge erstreckt sich die Amnestie nicht auf Personen, die ein „mit politischen Kampfszielen absolut nicht verbundenes“ Kriminalverbrechen begangen haben. Dieser Punkt wurde zur Organisation einer blutigen Abrechnung mit den Demokraten ausgenutzt, sobald die Armee ELAS, in Erfüllung ihrer vereinbarten Verpflichtung, die Waffen gestreckt hatte.

Die Chitosbanden und andere Söldlinge des Faschismus machten sich wie auf Kommando daran, lügnerische Denunziationen gegen die ELAS-Kämpfer sowie gegen die Mitglieder der Nationalen Befreiungsfront (EAM) und der Kommunistischen Partei zusammenzuschustern. Es wurden 80 000 derartige Denunziationen ein-

gereicht, auf Grund deren man die ELAS-Kämpfer zu schweren Strafen verurteilte, weil sie im Kampf Soldaten der Quislingschen Schutzbataillone getötet haben, die in deutschen Uniformen, mit deutschen Waffen und zusammen mit deutschen Soldaten gegen die ELAS gekämpft hatten. Man verurteilte sie, weil sie nach dem Entscheid der Volkstribunale Verräter und Gestapoagenten erschossen; man verurteilte sie für die „Ermordung unbekannter Personen“ und sogar für „Morde“ an Leuten, die sich auch gegenwärtig voller Gesundheit erfreuen. Das Urteil war standardisiert: Todesstrafe, lebenslängliche Zwangsarbeit oder 20 Jahre Gefängnis.

Oberst Woodhouse, der in den Kriegsjahren an der Spitze der britischen Militärmission im Freien Griechenland stand, schreibt in seinem am 27. September 1948 im „Manchester Guardian“ veröffentlichten Artikel „Drei Griechen“ über drei griechische Patrioten, die im Kampf gegen die Okkupanten Wunder an Heroismus vollbracht haben. Es handelt sich um Demetrios Demetriu, Evangelos Karamikhalis und George Katsimbas. Demetriu spielte die Hauptrolle bei dem größten in Griechenland durchgeführten antideutschen Sabotageakt, der Sprengung des großen Viadukts von Gorgopotamos, durch dessen Zerstörung er die Versorgung der Truppen Rommels im entscheidenden Moment seiner nordafrikanischen Offensive störte. Welches Schicksal hat diese drei griechischen Patrioten ereilt? Demetriu und Karamikhalis wurden wegen Erschießung deutscher Söldlinge zum Tode verurteilt, während Katsimbas sich seit vier Jahren in „Untersuchungshaft“ befindet und seine Verurteilung wegen eines ähnlichen „Verbrechens“ erwartet.

Die Art und Weise, wie die Anklageschriften und die Gerichtsurteile präpariert werden, kann man zumindest an folgenden Tatsachen erkennen.

Am 9. Januar 1946 erkannte das Geschworenengericht in Sparta (durch Entscheid Nr. 33) den ELAS-Kämpfer Tsantas für schuldig eines angeblich im Februar 1943 im Dorf Hellenia an dem Milizhauptmann Argitis begangenen Mords. Einen Monat später sprach das gleiche Gericht (durch Entscheid Nr. 90) einen anderen Patrioten, Bazyakos, der Begehung des gleichen Mords schuldig, der sich diesmal angeblich im November 1943 im Dorf Metochia zugetragen hatte. Schließlich verurteilte, nach weiteren zwei Tagen, immer noch das gleiche Gericht (durch Entscheid Nr. 183) bereits einen dritten Patrioten, Manikis, wegen Ermordung immer noch des gleichen Argitis, die im November 1943 im Dorf Mumenvazia erfolgt sei.

Vor dem Piräusgerichtshof verhandelte man den Fall des EAM-Anhängers Mutaphis, der angeklagt war, für den Tod von 128 faschistischen Monarchisten während der Dezemberkämpfe „moralisch verantwortlich“ zu sein. Mutaphis war Bürgermeister des großen Piräusvororts Kokkinia, und der ganze Piräus kannte die Lügenhaftigkeit der Anklage. Das Gericht sah sich zum Freispruch genötigt. Dann jedoch wurde Mutaphis in die Stadt Chalkis überführt, wo man ihn nicht kannte. Und dort verurteilte man ihn 128mal zum Tode dafür, daß er „128 Nationalisten mit eigener Hand ermordet“ habe.

Gelang es nicht, gegen den einen oder den anderen ELAS-Kämpfer einen „Mordfall“ zu fabrizieren, so zog man ihn gerichtlich zur Verantwortung wegen „ungesetzlichen Waffentragens“ während der Okkupationszeit. Nach der Logik der Henker in Richtertalaren hätten die Partisanen, um gegen die Hitlerokkupanten kämpfen zu dürfen, in der deutschen Kommandantur die Erlaubnis zum Waffentragen einholen müssen...

Alle diese ungeheuerlichen Willkürakte wurden mit Wissen und Billigung der britischen Behörden in Griechenland verübt, wie sie jetzt mit Billigung der amerikanischen Intervention fortgesetzt werden. Sie vermeinen, die Demokraten durch Folter und Tod einzuschüchtern. Aber das gelingt ihnen nicht.

Folgendes ereignete sich im Februar 1948 im Athener Gefängnis Averov. Am Abend des 12. Februar holte man aus den Todeszellen zwei Häftlinge — Kaparelis und Kandelikianos —, um sie angeblich in ein anderes Gefängnis zu „überführen“. Spätnachts vernahmen die anderen zum Tode Verurteilten die Stimme des einen von ihnen: „Genossen, morgen erschießt man uns!“ Das Gefängnis hallte wider von den Rufen: „Schmach und Schande über die Henker!“ Hunderte von Häftlingen schlugen mit Fäusten an die eisernen Türen. Als wieder Stille eingetreten war, drang durch die Steinmauern abermals zu ihnen die Stimme: „Die Fahne hoch, Genossen, kämpft weiter, der Sieg wird unser sein!“ Da begannen sämtliche Häftlinge Kampflieder der Widerstandsbewegung zu singen. In dieser Nacht schlief niemand. Der Morgen dämmerte noch nicht, als man die beiden zur Hinrichtung abführte. Kaparelis fand Zeit zu rufen: „Meine Kinder überlasse ich euch, Freunde!“ — und die 400 Eingekerkerten antworteten: „Sei unbesorgt!“

In der Nacht auf den 29. Februar führte man 8 Mann ab. Den Gefängniswärtern war anbefohlen worden, keine Wiederholung der Demonstration zuzulassen. Aber es gelang nicht, das Verbrechen zu verbergen. Um Mitternacht ertönte aus den Zellenfenstern eine laute, durch

Sprachrohre verstärkte Stimme: „Unterjochtes Volk von Athen, wieder mordet man deine Söhne, die für deine Freiheit gekämpft haben!“ Dann wurden die Namen der Verurteilten aufgezählt, und aufs neue ertönten Kampflieder in den Zellen. Die zum Tode schritten, richteten an die Verbleibenden aufmunternde Worte. Um den Genossen den letzten Gruß zu entbieten, erhoben sie die in Stahlfesseln geschlagenen Hände über den Kopf. Als der geschlossene Kraftwagen mit den Untergangsgeweihten sich in Fahrt setzte, ertönte in den Steingewölben des Gefängnisses die Hymne: „Vorwärts, ELAS, für Griechenland!“

Derartige Demonstrationen wiederholten sich im Gefängnis Averov und in anderen Kerkern Griechenlands immer häufiger, bis zu den berühmten Massenerschießungen in den ersten Maityagen 1948. Wie viele Patrioten am 4., 6. und 7. Mai im ganzen Lande erschossen wurden, ist nicht genau bekannt. Nach offiziellen Angaben waren es 139, nach inoffiziellen 218. Aus dem Gefängnis Averov wurden diesmal 23 zum Tode Verurteilte abgeführt, auf Aigina wurden 36 hingerichtet.

Am überzeugendsten entlarven die vor dem Tode geschriebenen Briefe der Erschossenen die schuflige Lüge der Tsaldarisclique, es handle sich um „Kriminalverbrecher“. Hier einige Briefe, die uns aus dem Gefängnis Averov erreichten:

Vangeli Theodoros Brief an seine Frau und seine Kinder:

„Julia, die Henker haben mich schon getötet, wenn Du diesen Brief erhältst. Aber gräme Dich nicht: unser Blut wird zuletzt doch diese Mörder vom Erdboden wegschwemmen und Euch die Freiheit bringen. Ich sterbe erhabenen Hauptes, wie Helden sterben. Es kommt der Tag, da die Geschichte über uns ein anderes Urteil fällt. Julia, bleibe unserem Kampfe treu bis zum Sieg. Es lebe die Demokratie!“

Meine lieben Kinder Spiridula, Andreos, Christos und Athanasios, ich küsse Euch alle. Euern Vater haben Erzklumpen durch Verräterkugeln ermordet. Er blieb dem Freiheitsbanner treu. Meine Kinder, ich hinterlasse Euch ein einziges Vermächtnis: den gleichen Weg zu gehen, den Euer Vater gegangen ist. Das ist der Weg der Ehre und der Wahrheit. Fluch den Mördern! Jetzt, im Sterben, will ich, daß Ihr in Freundschaft lebt, einander achtet, lernt und noch einmal lernt. Tretet hernach der kommunistischen Organisation bei, dann werdet Ihr zu den besten Menschen der Welt werden. Arbeitet für die Partei, und der Sieg wird Euer sein. Grämt Euch nicht um Euern Vater — er ist als ehrlicher Patriot gefallen und hat sein Blut nicht umsonst vergossen. Ich küsse Euch noch einmal, meine Kinder. Euer Vater.“

Der Brief des Jüngsten der Hingerichteten, eines Mitglieds des EPON (Jugendorganisation, die sich der EAM angeschlossen hat), Demetrios Komninos, an seine Brüder:

„Meine Lieben, das ist mein letzter Gruß. Ich beschwöre Euch, mich nicht zu beweinen. Im Herzen des Volks werde ich zusammen mit den anderen leben, die

für die ersehnte Freiheit ihr Blut hingegeben haben. Ich bin stolz, daß ich für das Volk kämpfte und fiel. Mein Tod beleuchte als helles Fanal Euern Weg zum gemeinsamen Kampf mit dem ganzen griechischen Volk für die Sache, die ohne mich zu Ende geführt werden wird. Dient unserm Kampf mit all Euerm Tun und Trachten und schreitet immerdar vorwärts. Helft dem Vater. Ich küsse Euch, Brüder.“

Spiridon Rizokostas schrieb an seine Mutter:

„Zelle der zum Tode Verurteilten, am 4. März 1948. Liebe Mama, ich schreibe Dir die letzten Worte und meinen letzten Wunsch: nicht weinen und sich nicht härmern. Ich will, daß Du auf Deinen Sohn stolz bist und nicht den Kopf hängen läßt. In ein paar Stunden gehe ich in den Tod, wie zum letzten Kampf, unter dem Banner der Freiheit, für die Tausende von Volkskämpfern gefallen sind. Mamachen, ich will, daß Du bei Kräften bleibst. Es gibt keinen Kampf ohne Opfer. Die Burschen, die am Leben bleiben, sollen auch künftig Deine Kinder sein, und wir, die wir sterben, hinterlassen ein langes Gedenken an uns. Mamachen, ich lasse den Mut nicht sinken, obwohl uns vom Tode nur noch ein paar Stunden trennen. Wir singen jetzt hier zum letztenmal unsere Lieder. Ich küsse Dich, Dein Sohn Spiro. Lebe wohl!“

Karvunis schrieb an seine Gefängniskameraden:

„Ich gehe den Kugeln der amerikanischen MP's ruhig entgegen. Das Leben bemißt sich nicht nach Jahren, sondern nach Taten, und ich kann mit Genugtuung sagen, daß ich das Leben voll ausgeschöpft habe, da ich für den Kampf, für das Volk alles hingab. Meinen Kampfposten vermache ich meinen Verwandten. Ich empfinde die Freude eines Menschen, der als Mensch zu leben und zu sterben versteht.“

Die Athener Regierung bot den zum Tode verurteilten Widerstandskämpfern an, ihnen unter einer Bedingung das Leben zu schenken — sie sollten nur schreiben: „Ich widerrufe“. Das heißt: sie sollten die Widerstandsbewegung gegen die alten und die neuen Okkupanten verurteilen, sollten die Sache verraten, für die 120 000 Patrioten im Kampf ihr Leben gelassen haben, sollten über die Kommunistische Partei und die Demokratische Armee den Stab brechen. Kein einziger der 3000 zum Tode verurteilten Widerstandskämpfer fand sich bereit, jene Schandworte aufzuschreiben oder auszusprechen.

Die Athener Regierung behauptet, sie mische sich nicht in Angelegenheiten ein, die mit der Vollstreckung der Todesurteile zusammenhängen. Aber das ist eine Lüge. Es ist z. B. bekannt, daß im April 1948 der damalige Justizminister Ladas 11 Staatsanwälten der Appellationsgerichtshöfe, die in Sachen der Erschießungen am Werk sind, den Befehl erteilte, sämtliche Todesurteile der Ausnahme- und Strafgerichte beschleunigt vollstrecken zu lassen, und daß er sodann die Erläuterung versandte, der Befehl beziehe sich nur auf „die Linken“. Sowohl der Befehl als auch die Erläuterung war streng vertraulich und sollte

unverzüglich vernichtet werden. Aber die Staatsanwälte haben dies Dokument für den Dies aber aufgehoben, wo sie sich für die Massenmorde vor dem Volksgericht zu verantworten haben werden. Und sie haben es nicht nur aufbewahrt, sondern sich auch bemüht, den Befehl ruchbar zu machen.

Der Militärstaatsanwalt, der im Prozeß Beata Kitsikis' — der Gattin des Professors Kitsikis, des Vorsitzenden der Griechisch-Sowjetischen Gesellschaft — als Ankläger auftrat, hat später, in einem andern Prozeß, vor aller Welt eingestanden, daß das Schicksal der Angeklagten noch vor der Gerichtsverhandlung vom Justizministerium entschieden wird und daß der Gerichtsprozeß eine bloße Formalität ist.

Der Staatsanwalt erklärte: „In einer Sonderberatung sagte mir der Justizminister: ‚Diese Frau muß man vernichten.‘“... Und obwohl vor Gericht die ganze auf Sand gebaute Anklage schmachlich Fiasko erlitt, wurde Beata Kitsikis zum Tode verurteilt.

Man kann hunderte und aber hunderte erschütternde Tatsachen des blutigen monarchistisch-faschistischen Terrors in Griechenland anführen, der unter Vormundschaft der britisch-amerikanischen Stützen der „Westdemokratie“ verübt wird. Diese Tatsachen schreien nach Vergeltung, nach harter Volksvergeltung, die auf die Häupter der Henker Griechenlands hereinbrechen muß und schließlich hereinbrechen wird.

Athen, im Dezember 1948

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Ein Trade-Union-Sachverständiger für Verleumdungsfragen

Der Londoner Rundfunk hat sich schon seit geraumer Zeit auf niederträchtige Verleumdungen an die Adresse der volksdemokratischen Länder spezialisiert. In letzter Zeit sind die Gewerkschaften dieser Länder zur Zielscheibe seiner Verleumdungen geworden. Die BBC ist gegen sie zum Frontalangriff übergegangen und verbreitet einen umfangreichen Aufsatz von einem gewissen „Sachverständigen für Gewerkschaftsfragen“. Der Aufsatz wimmelt von Übertreibungen, groben Verzerrungen der Wirklichkeit und unverfrorensten Verleumdungen.

Der „Gewerkschaftssachverständige“, der sich darangemacht hat, die Gewerkschaften in den Ländern der Volksdemokratie zu charakterisieren, erklärt, sie hätten aufgehört, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Diese böswillige Behauptung sucht der Londoner „Sachverständige“ durch den Hinweis zu unterbauen, daß die Gewerkschaften keine Lohnerhöhung fordern und gleichzeitig den Arbeitern behilflich sind, ihre Leistungen zu steigern und mehr zu produzieren. Hiervon ausgehend, gelangt er zu der Erkenntnis, daß die Interessen der Gewerkschaften mit denen des Staates identisch sind! Ja, wo bleibt denn da die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse?! — schreit der „Sachverständige“ der BBC mit Schaum vor dem Mund...

Wie man sieht, hat sich der „Sachverständige“ vergaloppiert. Er hat vergessen, daß es sich um die Gewerkschaften von Ländern handelt, wo die

Werk tätigen nicht für die Kapitalisten, sondern für sich selbst arbeiten, und wo die Interessen des Staates und des Volkes dieselben sind. Selbstverständlich sind Lohnforderungen in den marshallisierten Ländern, wo die wachsende Inflation und die Preissteigerung die Kapitalisten bereichert und zur Verelendung der Arbeiterklasse führt, durchaus natürlich. In den Ländern der Volksdemokratie aber ist die Währung stabilisiert, die Preise werden mit wachsender Produktion stetig gesenkt. Dort kämpfen die Gewerkschaften für eine Erhöhung nicht des Nominallohns, sondern des Reallohns. Die Resultate dieses Kampfes liegen auf der Hand. Im Vergleich zu 1946 ist der Reallohn der Arbeiter Ungarns bis Mitte 1948 um 43 Prozent, in der Tschechoslowakei um 37 Prozent gestiegen usw. Können sich die Führer der Trade Unions im kapitalistischen England, die den Lohnstopp billigten und durch ihre Autorität unterstützten, ähnlicher Erfolge rühmen? Natürlich nicht. Der Reallohn der Arbeiter steigt in England ebensowenig wie in den anderen marshallisierten Ländern, im Gegenteil, er sinkt sogar. Der „Sachverständige“ der BBC sollte also seine Beschuldigung an eine andere Adresse richten.

Die Gewerkschaften der volksdemokratischen Länder haben nicht wenig große Staatsmänner hervorgebracht. Das ist auch ganz natürlich. Das Volk vertraut die wichtigsten Staatsposten gerade den Männern und Frauen an, die sich im Kampf für die Interessen der werktätigen Massen

entwickelt und gestählt haben. Der Londoner „Sachverständige“ sucht aber auch diese Tatsache in ein schlechtes Licht zu rücken. Böseartig zischelt er, die Berufung von Gewerkschaftern auf Ministerposten mache die Gewerkschaften zu „Exekutivorganen der Staatsmacht“. Mit anderen Worten, er sucht den Ländern der Volksdemokratie das in die Schuhe zu schieben, was in England wirklich der Fall ist. Ein klassisches Beispiel für den Übergang der Gewerkschaftsober-schicht in den Dienst der Kapitalisten und für ihre Verwandlung in ein Anhängsel der Regierung liefern ja gerade die britischen Trade Unions! Als Kostprobe kann die Tätigkeit Bevins und der jetzigen Führer des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses (TUC) dienen.

Der „Sachverständige“ der BBC sucht sogar eine so unstrittige Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern der Volksdemokratie zu besudeln, wie die Beseitigung der Zersplitterung und des Gildenwesens sowie den Aufbau der Gewerkschaften nach einheitlichem Betriebsprinzip. Noch mehr, ihm paßt es auch nicht, daß die Mitgliedschaft der Gewerkschaftsorganisationen während der Nachkriegsjahre gewachsen ist! Da aber gegen diese offenkundigen Erfolge nichts Vernünftiges ins Feld geführt werden kann, bezeichnet er sie als ein Resultat des „von kommunistischer Seite ausgeübten Drucks“, den Drang der Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften aber als „Angst vor der Rache der Kommunisten“! Die gesteigerte und weiter zunehmende Reife der Arbeiterklasse ist für diesen Agitator des Kapitalismus ganz einfach nicht vorhanden.

Mit allergrößtem Eifer suchte der Londoner „Sachverständige“ seine Hörer davon zu überzeugen, daß die Gewerkschaften der volksdemokratischen Länder „ein blindes Werkzeug der Kommunisten“ sind. Hier ist jeder Satz, den er ausspricht, Gaunerei oder unverzeihliche Verleumdung. Er fälscht die Leninsche Formulierung und bezeichnet die Gewerkschaften als „eine Schule für Kommunisten“, behauptet in lügnerischer Weise, die Kommunisten ließen zur Arbeit in den Gewerkschaften nur „Anhänger ihrer politischen Ideologie“ zu und ähnliches mehr. Die Führer des TUC sind mit ihrem Versuch, in der englischen

Gewerkschaftsbewegung eine Hetze gegen die Kommunisten aufzuziehen, wie man weiß jämmerlich durchgefallen. Eine Gewerkschaftsorganisation nach der anderen lehnt das Rundschreiben des Generalrats ab, in dem ihnen nahegelegt wird, die Kommunisten in den Gewerkschaften zu verfolgen. Die städtischen Gewerkschaftsausschüsse von Birmingham, Leeds, Maldon, Southend, Blyth, Wallsend und anderen Städten haben sich geweigert, dieser schändlichen Direktive nachzukommen.

Der Mißerfolg an der inneren Front hat dem Eifer der Lakeien des Kapitalismus keinen Dämpfer aufgesetzt. Im Gegenteil, sie werden in der internationalen Arena ausfällig. Die schmutzige Verleumdung der TUC-„Sachverständigen“ gegen die Gewerkschaftsverbände der volksdemokratischen Länder zielt gleichzeitig auch darauf ab, die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung zu sprengen, denn diese Verbände sind einer der vorgeschrittensten Trupps der Weltföderation der Gewerkschaften.

Eine Gruppe rechtsstehender Führer des Amerikanischen Kongresses der Industrieverbände (CIO) fährt nach London, um sich mit den Führern des TUC zu beraten. Wie die USA-Presse meldet, ist der Zweck dieser Reise eine Vereinbarung über die Sprengung der Einheit der Weltföderation. Vertreter des TUC-Generalrats sind zu der Ende Januar bevorstehenden Sitzung des Exekutiv Ausschusses der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL) eingeladen, die ihre Bemühungen nicht aufgibt, die Gewerkschaften Großbritanniens und der anderen marshallisierten Länder von der Weltföderation loszureißen.

Dies ganze Treiben spielt sich hinter dem Rücken der englischen und amerikanischen Arbeiter ab. Vor den Gewerkschaftsmassen geben sich die Feinde der Weltföderation den Anschein, als seien sie die eifrigsten Vorkämpfer der internationalen Einheit des Proletariats. In Wirklichkeit sind sie bestrebt, den amerikanischen und englischen Kapitalisten zu willfahren und diese Einheit zu sprengen. Diese Politik stößt auf den entschiedenen Widerstand der werktätigen Massen, die begreifen, daß die internationale Einheit ihre stärkste Waffe im Kampf gegen die Reaktion ist.

N. Schmeltjow

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Iván Boldizsárs Buch über die Sowjetunion

Béla ILLÉS

IVÁN BOLDIZSAR, jetzt stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik, brachte 1947 etwa zwei Monate in der Sowjetunion zu. Damals war er Redakteur einer ungarischen demokratischen Zeitung. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion hat er ein Buch geschrieben, dessen ungarische Ausgabe im Sommer 1948 in dem Budapester Verlag Cserépfalvi erschienen ist* und das laut ungarischen Pressemeldungen bald in fünf anderen Sprachen erscheinen wird. Der Autor hält es für nötig, speziell darauf hinzuweisen, daß er kein Kommunist ist, und gesteht sogar, daß er die Reise in die Sowjetunion mit gewissen Vorurteilen unternommen hat. Um zu begreifen, wie der ungarische Publizist zu einer solchen Geisteshaltung gekommen ist, muß man zwei Tatsachen berücksichtigen. Erstens: außer einem oder zwei Büchern haben in Ungarn 25 Jahre lang (abgesehen von den illegalen Veröffentlichungen der Kommunistischen Partei Ungarns) nur lügnerische und feindselige Artikel und Bücher das Thema Sowjetunion behandelt. Von 1919 bis 1944 kamen alle, die in Ungarn mündlich oder schriftlich die Wahrheit über die Sowjetunion äußerten, ins Gefängnis.

Zweitens: die mittel- und westeuropäischen Intellektuellen haben sich ihre Vorstellung von der Sowjetunion nicht ohne den Einfluß der sowjetfeindlichen Propaganda gebildet. Diese Propaganda bedient sich gegenwärtig besonderer Methoden. Seinerzeit hantierte Goebbels mit „Argumenten“ folgender Art: „Die Sowjetunion ist schwach und arm“, „In der Sowjetunion sind Industrie und Landwirtschaft zurückgeblieben“, „Die Sowjetunion ist kein Staat, sondern ein geographischer Begriff“. Nach dem glänzenden Sieg der Sowjetarmee und des Sowjetvolks im Krieg gegen Hitlerdeutschland ist eine so primitive Lügenpropaganda unmöglich geworden. Die ganze Welt weiß, daß die Sowjetarmee nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit der Sowjetunion erfolgreich geschützt, sondern auch die Völker Ost-, Mittel- und Westeuropas von der faschistischen Sklaverei befreit hat. Jeder denkende Mensch begreift, daß nur ein mächtiger und wirtschaftlich gesunder Staat einen solchen Sieg erringen konnte.

* Iván Boldizsár: Fortoetska. Cserépfalvi. Budapest 1948

Die Agenten des amerikanischen Imperialismus haben die sowjetfeindliche Propaganda geändert. Sie versuchen nicht mehr, das Unbestreitbare zu leugnen. Aber sie ziehen aus den Tatsachen, die von der Macht und dem stürmischen Aufschwung der Sowjetunion zeugen, verkehrte Schlüsse. Hier ein Beispiel zur Illustration derartiger sowjetfeindlicher Verleumdungen. Die amerikanischen Propagandisten sagen: „Die Sowjetunion ist stark, sehr stark.“ Diese Behauptung entspricht der Wahrheit, und bei vertrauensseligen Lesern erzielt die Propaganda einen gewissen Kredit. Des weiteren jedoch folgt die Erklärung, daß jeder starke Staat nach Eroberungen strebe und daß die Sowjetunion folglich den Frieden bedrohe. Die Logik ist hier natürlich keinen Pfifferling wert, aber die Verleumdung wird Tag für Tag wiederholt. Ein anderes Beispiel. Die Sowjetunion besitzt eine Großindustrie und eine hochentwickelte Landwirtschaft. Das versuchen die sowjetfeindlichen Verleumder nicht zu bestreiten. Aber sie denken sich aus, das Sowjetvolk könne die Früchte seiner Reichtümer nicht genießen, da es in Elend und Unwissenheit lebe. Diese Lüge wurde von Politikern, Publizisten und Schriftstellern, die die Sowjetunion gut kennen, schon oftmals entlarvt. Nichtsdestoweniger wird sie von den Soldschreibern der Bourgeoisie hartnäckig wiederholt.

Alles hier Dargelegte trägt dazu bei, die Zurückhaltung zu erklären, die Boldizsár gegenüber dem Sowjetland, bevor er dorthin reiste, an den Tag gelegt hat. Sein Buch ist besonders darum interessant, weil er gegen die neuesten sowjetfeindlichen Erdichtungen, made in USA, Beweisgründe vorbringt.

Boldizsárs Buch besteht aus einem Tagebuch, aus Notizen und Skizzen. Der Verfasser beschreibt, was er in der Sowjetunion gesehen, gehört und beobachtet hat. Am ersten Tag seiner Reise in die Sowjetunion richtete er in Lwów noch an irgendeinen Priester die Frage, ob den Sowjetbürgern der Kirchenbesuch erlaubt sei, aber nach ein paar Tagen kommt der Gedanke an die Behauptung, in der Sowjetunion gebe es keine Religionsfreiheit, ihm selber schon lächerlich vor.

Er war überzeugt, ihm als einem ausländischen Journalisten werde es nicht gelingen, tatsächlich

irgend etwas zu sehen; man werde ihm „nichts zeigen“. Aber schon nach ein paar Tagen bezeichnet er es als dummen Schwindel, woran viele in Ungarn glauben, daß in Moskau nach Sonnenuntergang alle Türen geschlossen und in den „finsternen Nächten“ überhaupt niemand auf die Straße zu gehen wage. Boldizsár vermerkt, er habe sich den Kopf darüber zerbrochen, wie er schreiben müsse, damit die Ungarn einsähen, daß auf den hellbeleuchteten Moskauer Straßen Hunderttausende fröhlich und sorglos spazieren gehen. Hat er das doch allabendlich mit eigenen Augen gesehen!

Boldizsár weilte in Moskauer Schulen und in der Moskauer Universität. Er unterhielt sich mit Schülern und Studenten und war über ihr selbständiges Denken verblüfft. Er sah, daß die Sowjetschulen Pflanzstätten hoher Kultur und des echten Humanismus sind. Er sah übrigens auch, wie teuer der Sowjetjugend das Wort „Friede“ ist. Gegenüber den Lügner, die behaupten, die Sowjetunion bedrohe den Frieden, läßt er in seinen Aufzeichnungen Verachtung und Empörung durchblicken.

Boldizsár machte sich in Betrieben, in Läden und auf der Straße mit Sowjetmenschen bekannt. Er beschreibt den „einfachen Russen“, den „Mann von der Straße“. Unter anderem erzählt er folgende Episode: Er ging mit einer Ungarin spazieren, die schon lange in Moskau lebt, und sah einen Mann vor dem Schaufenster eines Damenkonfektionsladens stehen.

„Drei Schritte — und wir standen neben dem Unbekannten.“

„Schöne Kleider?“ fragte meine Begleiterin.

„Gute Kleider“, antwortete der Russe.

„Für wen wollen Sie einkaufen — für Ihre Frau oder Ihre Braut?“

„Ich schaue bloß. Sie sind gewiß Ausländer? Ihnen mag es lächerlich vorkommen, daß ein Mann sich Frauenkleider ansieht. Aber mir macht das Vergnügen, weil wir selber diese Sachen herstellen.“

„Sie sind also Textilarbeiter?“ fragte ich.

„Nein, ich bin in einem Krankenhaus beschäftigt. Aber ich habe doch nicht gesagt, daß ich selber diese Sachen herstelle, ich habe „wir“ gesagt. Verstehen Sie?“

Ich erklärte ihm, daß man im Ungarischen „ich“ leicht von „wir“ unterscheiden kann. Wir waren beide zufrieden, daß wir einander verstanden hatten.

„Sie begreifen also, daß unsere Waren mir solches Vergnügen machen, als hätte ich selber sie angefertigt.“ (S. 68/69.)

So erschloß sich allmählich vor dem ungarischen Intellektuellen das Land, wo die Menschen sich zur Arbeit und zum Staat ganz anders verhalten als in den kapitalistischen Ländern. Er gewährte ein durchaus anderes Kulturniveau des Volks. Er besuchte Theater und begeisterte sich für die Einfachheit, Tiefe und Kraft der sowjetischen Bühnenkunst. Er stattete dem Sowjet-

schriftstellerverband einen Besuch ab, schloß Bekanntschaft mit Sowjetschriftstellern und begriff, daß auch sie Menschen von neuem Schlag sind, voll Ergebenheit für die Sache des Volks.

Jede Erscheinung, die Boldizsár in der Sowjetunion kennenlernte, war ein Schlag gegen die Verleumder des Sowjetlands. In Ungarn hatten die Reaktionäre die Verleumdung verbreitet, die „kleinen Völkern“ würden „von den Russen unterjocht“. Darum interessierte sich Boldizsár besonders für die nationale Frage. Er weilte bei einem Komponisten marijischer Nationalität, der ihm folgendes berichtete:

„In der Zarenzeit stand unser kleines Volk auf dem Aussterbeetat. Wir hatten weder Schulen noch auch nur ein Alphabet. Das erste marijische Wörterbuch wurde auf Beschluß der Sowjetregierung verfaßt. Jetzt haben wir eine Universität, eine Technische Hochschule und sogar ein Konservatorium.“

Früher haben wir fast ausschließlich Viehzucht betrieben. Wir kannten nur den Hakenpflug. Jetzt haben wir modern gebaute Fabriken und Werke sowie elektrisches Licht. Wenn ein Mari früher menschlich leben wollte, mußte er seine Nationalität aufopfern. Jetzt verausgabt die Sowjetregierung bedeutende Mittel dafür, daß das Mariavolk seine Sprache und seine nationalen Besonderheiten behält.“ (S. 247/48.)

Der Komponist machte seinem Gesprächspartner viele statistische Angaben, die bezeugen, wie die kleinen Völker dank der Lenin-Stalinschen Nationalitätenpolitik aufblühen und gedeihen.

Überall sucht der ungarische Schriftsteller charakteristische Alltags„kleinigkeiten“. Er achtet auf die Wohnung, das Mobiliar und die Küche einer Sowjetfamilie, auf ihr Abendbrot, ihre Bücher, ihre Schreibutensilien. Ihn interessieren die kleinsten Einzelheiten, und diese helfen ihm, seiner Leserschaft eine wahrheitsgemäße Vorstellung von der Sowjetunion zu vermitteln. Boldizsár weist nach, daß der Sowjetmensch nicht nur ein tapferer Kämpfer, ein großer Schöpfer und ein konsequenter Friedensverteidiger ist, sondern auch Schönheit und Annehmlichkeiten des Lebens zu schätzen weiß.

Auf dem Heimweg nach Ungarn zog Boldizsár das Fazit seiner Reise.

„Ich fühle, daß ich in diesen Wochen gelernt habe, was in unserer Epoche das Wesentliche ist.“ (S. 252.)

* * *

Iván Boldizsárs Buch ist ein wertvolles Zeugnis des aufrichtigen Interesses, das die Öffentlichkeit der Länder der Volksdemokratie für das Land hegt, in dem der Sozialismus gesiegt hat. Trotz den verzweifelten Anstrengungen der britisch-amerikanischen Propaganda breitet sich in der ganzen Welt die Wahrheit über die Sowjetunion aus. Sie ist auch nach Ungarn gedrungen, das nunmehr mit der Sowjetunion durch enge Freundschaft verknüpft ist.

Lob der Verräterei

J. RUBININ

EIN ANZEICHEN der verstärkten Aggressivität der französischen Reaktionäre ist die Kampagne, die sie zur Rehabilitierung Pétains und Lavals eingeleitet haben. In hartem Kampf gegen das „Vichyregime“ erwuchs die demokratische Bewegung. Die frech gewordenen Wortführer der „amerikanischen Partei“, unter denen es viele gestrige Vichyleute gibt, versuchen, mit wirtschaftlicher, militärischer und politischer Beihilfe des amerikanischen Kapitals diese Bewegung zu unterdrücken, und greifen hierbei zur größten Verfälschung allgemein bekannter historischer Tatsachen. Unter Spekulation auf die Gedächtnisschwäche ihrer Mitbürger strengen sie sich an, die Verräter Pétain und Laval als „gute Franzosen“ hinzustellen, die „sich für die Heimat aufgeopfert“ hätten.

Ein Muster solcher unverfrorenen Propaganda sind die 1948 in Paris veröffentlichten Memoiren Sarraz-Bournets*, eines der höchsten Vichybeamten.

Wie es in der bürgerlichen Memoirenliteratur Brauch ist, beschäftigt sich der Verfasser ausgiebig mit seiner eigenen Person. Umständlich und redselig läßt er sich über seine Dienstjahre im französischen Innenministerium aus und hernach darüber, wie er bei Kriegsbeginn als Stabschef in Gamelins Hauptquartier weilte. Wir erfahren, daß man Sarraz-Bournet nach dem Machtantritt Pétains unverzüglich zu einer eigenartigen diplomatischen Tätigkeit heranzog. Er wurde zum Mitglied der französischen Delegation ernannt, die der italienischen Waffenstillstandskommission beigeordnet war.

Weiterhin rückte Sarraz-Bournet zum „Regierungskommissar“ auf. So nannten sich in Vichy die Beamten, die dem „Regierungs“oberhaupt — d. h. zuerst Darlan, dann Laval — direkt unterstellt waren und die allgemeine Kontrolle über die gesamte Vichyadministration einschließlich aller Ministerien ausübten.

Sarraz-Bournet war also Vertrauensmann der Vichy-Spitzenclique. Er hatte Fühlung mit Pétain, Laval, Darlan, Pucheu und den andern Rädelführern der Vichyregierung. Pétain und Laval gaben ihm mehrmals zu verstehen, wie hoch sie seine Dienste schätzten.

Und sie hatten guten Grund, ihn zu schätzen. Die Handvoll Verräter, die sich als Regierung von Hitlers Gnaden in den Hotels des Modebads etablierten, hatten an Sarraz-Bournet einen ergebenen Diener. Auch jetzt, drei Jahre nachdem Pétain und Laval wegen Landesverrats zum Tode verurteilt worden sind, setzt er treu und bieder den Dienst an seinen alten Herren fort. Er erdreistet sich zu schreiben, die Vichyregierung sei „in der Gesamtheit ihrer Handlungen keine pronazistische und landesverräterische Regierung gewesen“.

Dieser Waffengefährte Pétains hält die Zeit für gekommen, seine Überzeugungen und Sympathien zu äußern. Sarraz-Bournet schreibt:

„Seit der Befreiung ist Frankreich mit einer Literatur überschwemmt worden, die die Ereignisse einseitig beleuchtet, als habe es von 1940 bis 1944 in Frankreich nichts anderes als den Widerstand und die Illegalität gegeben. Jetzt ist es an der Zeit, daß auch diejenigen, die das Gelübde des Schweigens abgelegt haben, ... den Mund auf tun.“ (S. 7.)

Tatsächlich werden, seitdem die Machthaber Frankreichs sich den amerikanischen Direktiven lakaienhaft unterordnen, die Vichyaktien abermals an der Pariser politischen Börse kotiert. Alle erinnern sich, daß während des Krieges das Vichyregime vom USA-Staatsdepartement unterstützt worden ist. Die amerikanische Diplomatie, u. a. vertreten durch Admiral William D. Leahy und Robert Murphy, hielt Kurs auf Beibehaltung dieses Regimes auch nach dem Abzug der Deutschen aus Frankreich.

Uninteressant ist Sarraz-Bournets Buch natürlich in dem Teil, wo die Vichyadministration ausgemalt wird — diese Beschreibung zeugt nur von dem erstaunlichen Schwachsinn eines engstirnigen Beamten. Aber kennzeichnend ist die Tatsache selber, daß im heutigen Frankreich ein Buch erscheinen kann, das die Verteidigung der Verräterei zum Inhalt hat. Beachtung verdient insbesondere das Verhalten des hundertprozentigen Pétainanhängers zu de Gaulle.

Als Leitmotiv des Buchs dient die „These“, de Gaulle sei der würdige Fortsetzer des Werkes Pétains. Sarraz-Bournet stützt sich hierbei auf Pétains eigenes Zeugnis.

„In dem Gespräch, das ich am 7. oder 8. August 1944 mit ihm führte, äußerte er mir gegenüber die Hoffnung, General de Gaulle könne über den Parteien stehen und die für die Wiederaufrichtung des Landes notwendige Einheit verwirklichen.“ (S. 204.)

* M. Sarraz-Bournet. *Témoignage d'un silencieux*. Paris 1948.

De Gaulle, dessen militärische und politische Karriere zehn Jahre lang mit Pétain verbunden war, hat den „Marschall des Verrats“ nicht nur zur allgemeinen Entrüstung 1945 begnadigt, sondern ist auch vor einem Jahr als Organisator und Haupt des „Ehrenausschusses“ (!) hervorgetreten, der zur Durchführung der Kampagne für Revision des Urteils und für Rehabilitation Pétains gebildet worden war.

Bekanntlich hat Pétains frühere Clique in de Gaulles Umgebung einen gastlichen Unterschlupf gefunden, und die gestrigen Vichyleute orientieren sich nunmehr auf ihn. Das bekräftigen die Aussagen des namhaften Vichymanns. Er bemerkt:

„Die Menge, die geschrien hat: „Es lebe Pétain“, schreit jetzt: „Es lebe de Gaulle.“ (S. 180.)

Der treue Untertan Pétains kargt auch nicht mit Komplimenten für Laval. Sarraz-Bournet versichert, „die Politik der französisch-deutschen Zusammenarbeit“, d. h. des Verrats an Frankreich, habe Laval „in Frankreichs Interesse“ betrieben.

Richtig ist an diesen Erklärungen nur, daß die Lavalsche Zusammenarbeit mit den deutschen Okkupanten die logische Fortsetzung der Zusammenarbeit war, die Daladier mit Hitler in München getätigt hat. Die Logik der Reaktionäre ist einfach: hat man einmal Daladier „rehabilitiert“ und

sogar wieder auf den Schild gehoben, warum kann man nicht auch sowohl Pétain wie Laval und ihre Gefolgsleute „rehabilitieren“?...

Sarraz-Bournets Memoiren sind ein beredter Beweis dafür, daß die französischen Schwarzhunderter frech genug geworden sind, offen zur Verteidigung Pétains und Lavals in die Schranken zu treten. Seinerzeit drückten die französischen Regierungskreise diesen eingefleischten Verrätern das Staatsruder in die Hand und ermöglichten ihnen, Henker des Landes zu werden. Jetzt wollen sie diese, mitsamt de Gaulle, zu „Nationalhelden“ erheben.

Hinzu kommt, daß man in Sarraz-Bournets Buch Verleumdungen und unflätiges Geschimpf gegen die Franktireure und Partisanen finden kann, die in den düsteren Jahren der Okkupation die ganze Schwere des Kampfs gegen die Hitlerischen Landräuber und ihre Vichy-Spießgesellen zu tragen hatten.

Das Erscheinen eines derartigen Buchs im Jahre 1948 ist ein schlüssiger Beweis für die politische Entartung der Regierungskreise Frankreichs. Dessen derzeitige Machthaber lassen auf die Werktätigen schießen, die die Verwirklichung ihrer gesetzmäßigen Rechte zu erreichen suchen, und gewähren den Dunkelmännern, die die niederträchtigsten an Frankreich verübten Verbrechen lobpreisen, volle Handlungsfreiheit.

2. Januar

Eine große Anzahl von amerikanischen Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern und Pädagogen richtet an alle Mitglieder des USA-Kongresses ein Schreiben, in dem die Auflösung der Repräsentantenhauskommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit gefordert wird.

Gemäß einem von den Regierungen Indiens und Pakistans geschlossenen Abkommen werden die Kriegshandlungen in den Fürstentümern Dschammu und Kaschmir eingestellt.

3. Januar

Die Regierung Pakistans richtet an den Sicherheitsrat eine Botschaft, in der die holländische Aggression in Indonesien und die Unzulänglichkeit des Ratsbeschlusses zur indonesischen Frage scharf kritisiert wird.

In Washington wird die 1. Session des 81. Kongresses der USA eröffnet.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Januar 1949

4. Januar

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion (TASS) veröffentlicht eine Widerlegung der erlogenen und verleumderischen Meldung englischer und amerikanischer Presseorgane, die Sowjetunion befolge den Beschluß über die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen nicht.

Die Liga in Japan ansässiger Koreaner richtet ein Schreiben an J. W. Stalin und die Sowjetregierung, in dem sie ihnen für die Befreiung Koreas vom japanischen Joch, für die Abberufung der Sowjettruppen aus Nordkorea und für

die Gewährung der Unabhängigkeit an Korea ihren Dank ausspricht.

Das Sekretariat der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens verlangt von der Regierung unverzügliche Maßnahmen zur Milderung der Lage der arbeitslosen Tagelöhner in Apulien und Lukanien.

Bei Wahlen zur japanischen Akademie der Wissenschaften werden 29 linksingestellte Gelehrte, darunter 7 Kommunisten, gewählt — ein in der Geschichte der japanischen Wissenschaft noch nie vorgekommener Fall.

5. Januar

General Derewjanko, Vertreter der Sowjetunion im Alliiertenrat für Japan, bringt im Rat den Antrag ein, die Stärke der japanischen Polizei auf 125 000 Mann zu beschränken und jegliche Verstärkung der Polizeikontingente sowie der Bewaffnung bis zum Abschluß des Friedensvertrags mit Japan zu verbieten.

Der Internationale Studentenverband sendet der UNO und der holländischen Regierung ein Protestschreiben gegen die Wiederaufnahme der holländischen Aggression in Indonesien.

Das Sekretariat der Weltföderation der Gewerkschaften drückt in einer Erklärung dem für seine nationale Unabhängigkeit kämpfenden indonesischen Volk die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus. In der Erklärung wird gefordert, den indonesischen Arbeitern sollten die gewerkschaftlichen Freiheiten im Sinne der UNO-Satzung zurückgegeben und garantiert werden.

Der australische Gewerkschaftsrat lehnt es ab, die vom britischen Trade-Union-Kongreß gegen die Weltföderation der Gewerkschaften unternommenen Schritte zu unterstützen.

Dr. Bee, Hoher Kommissar Hollands in Indonesien, verhängt über eine Reihe von Bezirken Borneos den Kriegszustand.

Im Pädagogischen Institut von Tirana (Hauptstadt Albaniens) wird eine Fakultät für russische Sprache eröffnet.

6. Januar

Die Fernostkommission lehnt mit 9 Stimmen gegen 1 die sowjetische Resolution ab, in der vorgeschlagen wird, die Verletzungen der demokratischen Freiheiten durch General MacArthur zu verurteilen, der den Arbeitern und Angestellten der japanischen Staatsbetriebe den Abschluß von Kollektivverträgen verboten und das Streikrecht abgesprochen hat.

In Prag wird ein tschechoslowakisch-rumänisches Handelsabkommen für 1949 unterzeichnet.

Die von Musahim Anim Palschatschi geführte irakische Regierung tritt zurück. Nuri es Saïd Pascha bildet eine neue Regierung.

Die endgültigen Ergebnisse der am 2. November v. J. in den USA durchgeführten Präsidentschaftswahlen werden bekanntgegeben. An der Abstimmung beteiligten sich 48 690 075 Personen; Truman erhielt 24 104 030, Dewey 21 970 896, Thurmond 1 169 118, Wallace 1 156 883 Stimmen. Die restlichen Stimmen verteilen sich auf Kandidaten zweitrangiger Gruppierungen.

7. Januar

Der Sicherheitsrat nimmt seine Sitzungen in Lake Success (Neuyork) wieder auf. Der Vertreter der Indonesischen Republik ersucht den Rat, aufs neue den Antrag zu erörtern, wonach Holland vorgeschrieben werden soll, seine Truppen auf die vor Beginn der Kriegshandlungen innegehabten Stellungen zurückzuziehen und die Verhandlungen mit der Indonesischen Republik wieder aufzunehmen.

Präsident Truman gibt den am 20. Januar erfolgenden Rücktritt des USA-Staatssekretärs George C. Marshall und seines Stellvertreters Robert A. Lovett bekannt. Zum Staatssekretär ist der ehemalige Vize-Staatssekretär Dean G. Acheson, zu dessen Stellvertreter James E. Webb, Direktor des Budgetbüros, ernannt worden.

Ben Gurion, Ministerpräsident des Staates Israel, befiehlt die Einstellung der Kampfhandlungen in Negeb.

Studenten der Belgrader Universität rufen die demokratische Jugend aller Länder auf, gegen die Repressalien aufzutreten, denen die jugoslawische Regierung die demokratischen Studenten unterwirft, und

bitten um Hilfe in ihrem Kampf für die Rückführung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in den Bruderbund der anderen kommunistischen Parteien.

Holländische Truppen besetzen in Indonesien die bedeutende republikanische Hafenstadt Benkulen auf Sumatra.

8. Januar

In Helsinki findet eine große, von der Gesellschaft Finnland-UdSSR veranstaltete Friedenskundgebung statt.

9. Januar

Die Regierung des Staates Israel legt bei dem Vertreter des UNO-Vermittlers in Haifa gegen die Landung englischer Truppen in Akaba (Transjordanien) Protest ein. Der Staat Israel hat beschlossen, die UNO zu ersuchen, England als eine in Palästina Krieg führende Macht zu erklären.

In Minervino Murge und Ruvo di Puglia (Italien) zwingen die Tagelöhner nach hartem Kampf die Grundbesitzer zu Zugeständnissen; diese erklären sich bereit, Meliorationsarbeiten, die 11 000 Arbeitstage erfordern, ausführen zu lassen.

10. Januar

Die dänische Vereinigung „Gegen den Krieg“ fordert in einem Aufruf an die Regierung Dänemarks, diese solle keinerlei militärische Verpflichtungen übernehmen und eine neutrale Friedenspolitik betreiben.

Der UNO-Vermittler in Palästina benachrichtigt die Regierung des Staates Israel, daß die ägyptische Regierung den Vorschlag auf Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen angenommen hat, die am 12. Januar auf der Insel Rhodos beginnen sollen.

VERLAGSANGEZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

Neuerscheinungen:

KLASSISCHE RUSSISCHE LITERATUR

W. G. KOROLENKO — *Erinnerungen meines Zeitgenossen*. Buch 1 und 2. Mit einem Nachwort von A. Kotow. 652 S., Rbl. 13,—

N. A. NEKRASSOW — *Sämtliche Werke und Briefe*. Herausgegeben von W. J. Jewgenjew-Maximow, A. M. Jegolin und K. I. Tschukowski, Band VIII, Der Tote See. Roman. 768 S., Rbl. 16,—

A. S. PUSCHKIN — *Gesammelte Werke*. Textbearbeitung und Kommentare von M. A. Zjawlowski und S. M. Petrow. 952 S., Rbl. 30,—

A. P. TSCHETCHOW — *Sämtliche Werke und Briefe*. Herausgegeben von A. M. Jegolin und N. S. Tichonow, Band IX, Novellen und Erzählungen. 1895—1903. 708 S., Rbl. 15,—

SOWJETRUSSISCHE LITERATUR

W. IWANOW — *Ausgewählte Werke*. 736 S., Rbl. 16,—

Inhalt: Erzählungen und Romane: „Panzerzug 14-69“, „Partisanen“, „Parchomenko“, Novellen, Essays und Erinnerungen an Begegnungen mit Maxim Gorki.

A. SERAFIMOWITSCH — *Gesammelte Werke*. Herausgegeben und kommentiert von G. Nera-dow, Band VIII. 452 S., Rbl. 10,—

I. SOKOLOW-MIKITOW — *Ausgewählte Werke*. (Erzählungen.) 580 S., Rbl. 12,—

LITERATUR DER VÖLKER DER UdSSR

CHATSCHATUR ABOWIAN — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Armenischen. 236 S., Rbl. 6,—

Lyrik, Verse aus dem Roman „Die Wunden Armeniens“, Fabeln und Satiren.

PANAS MIRNY — *Die Bummlerin*. Roman aus dem Volksleben in 4 Teilen. Aus dem Ukrainischen von W. Tarsis. 464 S., Rbl. 8,50

SULCHAN-SABA ORBELIANI — *Von der Weisheit des Erdichteten*. Aus dem Georgischen von J. Gogoberidse. 240 S., Rbl. 5,—

Sammlung von Prosaparabeln des georgischen Schriftstellers Orbeliani (18. Jahrhundert).

AUSLÄNDISCHE LITERATUR

CHRISTO BOTEFF — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Bulgarischen. Herausgegeben von D. A. Gorbow. 256 S., Rbl. 5,50

Gedichte, Erzählungen, Satiren und Essays.

RENAISSANCEDICHTER. In Übertragungen von J. Werchowski. 292 S., Rbl. 6,50

Ausgewählte lyrische Gedichte von Francesco Petrarca, Giovanni Boccaccio, Ludovico Ariosto, Pierre de Ronsard u. a.

GEORGE SAND — *Consuelo*. Roman in zwei Bänden. Aus dem Französischen. Herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von A. I. Belezki.

Band I. 422 S., Rbl. 18,—

Band II. 438 S., Rbl. 18,—

SERIE „MASSENBIBLIOTHEK“

IWAN WASOFF — *Ausgewählte Erzählungen*. Aus dem Bulgarischen. 144 S., Rbl. 2,—

S. D. DROSHSHIN — *Ausgewählte Werke*. Mit einer Einleitung von W. Kurilenkow. 228 S., Rbl. 3,—
Gedichte und Lieder.

W. W. MAJAKOWSKI — *Ausgewählte Gedichte*. 92 S., Rbl. 1,35

N. A. NEKRASSOW — *Ausgewählte Gedichte*. 96 S., Rbl. 1,25

G. SIENKIEWICZ — *Erzählungen*. Aus dem Polnischen. Herausgegeben von J. M. Riftina. 152 S., Rbl. 2,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics